

WESTFALENHÜTTE AG DORTMUND



MITTEILUNGSBLATT NR. 2

4. JAHRGANG

FEBRUAR 1952

Das Drahtwalzwerk

Das Drahtwalzwerk in seiner heutigen Form ist aus einer Drahtstraße hervorgegangen, die im Jahre 1882 mit einer anfänglichen Jahresleistung von 13 000 t erbaut wurde. Es dürfte damit in seinen Ursprüngen eine der ältesten Anlagen des Hüttenwerkes sein.

Die damalige Bauform war die der sogenannten „deutschen Drahtstraße“, bestehend aus einem Vorgerüst und einem offenen Fertigstrang. Im Jahre 1906 wurde, wie es in einem von vor dem Kriege noch erhaltenen Brief heißt, beschlossen, „die Drahtstraße der Neuzeit entsprechend umzubauen, und zwar für zwei Drähte auf der Fertigstraße mit Unter- und Umführungen“. Mit dieser Umgestaltung war auch eine beträchtliche Ausweitung des Walzprogrammes verbunden, und zwar auf einen Form- und Abmessungsbereich, der bis etwa 1937 bestanden hat. Ein abermaliger Umbau wurde bereits 1909 beschlossen, dessen Art und Umfang darauf schließen lassen, daß er im Hinblick auf den beabsichtigten Bau der Drahtverfeinerung erfolgte. Die im Jahre 1910 in Betrieb genommene Anlage wies im wesentlichen die Form und Bestandteile auf, wie wir sie heute haben. Die gewählte Anordnung wurde erstmalig von einem Amerikaner, namens Garret, vorgeschlagen und hat als sogenannte Garret-Straße seinerzeit für das Drahtwalzen bahnbrechend gewirkt. Sie hat sich in ihren Grundlagen — einer weitgehenden Staffe- lung der Gerüstgruppen — als so zweckmäßig erwiesen, daß weitere Verbesserungen nur durch die Einführung ganz- oder teilkontinuierlicher Arbeitsweisen zu erzielen sind. Nach Überwindung erheblicher Anlaufschwierigkeiten, bei denen die Explosion des Schwungrades der 1. Vorstraße eine erhebliche Rolle spielte, wurde erst 1913 ein befriedi- gender Betriebsablauf erzielt. Die Zeit nach dem ersten Weltkrieg brachte neben einer Reihe technischer Verbesse- rungen an den Straßen die Umstellung der Ofenbeheizung von Kohle auf Koksgas. Zur Zeit sind Erwägungen und Untersuchungen im Gange, um die Leistung der Straße durch zusätzliche vollmechanisierte Gerüste zu erhöhen.

Was fast jedem Besucher einer in Betrieb befindlichen Drahtstraße besonders ins Auge zu fallen pflegt, ist die Tätigkeit der Umwalzer (vgl. Titelbild). Bei der Auswalsung auf 5 mm Fertigdurchmesser erfährt der als Anstich ver- wendete Knüppel von 51 mm² in 16 Stichen eine rd. 100- fache Querschnittverminderung oder Streckung. Die Über-

führung der Walzadern von einem Kaliber zum anderen geschieht bei der Mehrzahl der Stiche durch mechanische Vorrichtungen. Dies wird um so schwieriger, je mehr sich die Walzader ihrem Endquerschnitt nähert, weil dazu eine gewisse Steifigkeit des Walzstabes vorhanden sein muß.

Bei vier von den letzten acht Stichen wird deshalb von Hand umgewalzt oder „umgestochen“, wie der Fachausdruck lautet. Aufgabe des Umwalzers ist es, mit seiner Zange den aus der Walze kommenden Draht zu fassen, wenn nötig ein kurzes Stück auf einer entsprechend angebrachten, mechanisch angetriebenen Schere abzuschneiden und die Stabspitze in das nächste Walzenpaar einzuführen. Da der Draht mit einer Laufgeschwindigkeit von 6—8 m/Sek. aus der Walze kommt, steht dem Umwalzer für das richtige Erfassen nur ein Sekundenbruchteil zur Verfügung. Es bedarf keiner weiteren Erläuterung, daß diese Tätigkeit ein außergewöhnlich hohes Maß von persönlicher Geschicklich- keit, Übung und Erfahrung erfordert.

Hauptabnehmer für die Erzeugnisse der Drahtstraße ist seit rd. 40 Jahren die Drahtverfeinerung, die seinerzeit für einen Ausstoß von rd. 5000 t Fertigerzeugnissen gebaut worden ist. Für die Versorgung eines Verfeinerungs- betriebes solcher Größe hat sich das Vorhandensein einer werkseigenen Drahtherstellung als unentbehrlich heraus- gestellt. Es hat sich bei jahrelangen, des öfteren wieder- holten Bemühungen als nicht möglich erwiesen, auch nur gelegentliche Zusatzmengen — geschweige denn größere Teile — des Gesamtbedarfes der Verfeinerung an Walz- draht auf dem freien Markt mit Sicherheit zu beschaffen. Walzdrähte von 5—7,5 mm stellen das Hauptkontingent dar. Vielfache Versuche, auch dünneren Draht im Warm- walzverfahren herzustellen, haben schon bei 4,5 mm zu der Erkenntnis geführt, daß dies technisch und wirtschaftlich unvertretbar ist. Die Verwendungsgebiete für gewalztes nachgezogenes Draht- bzw. Ringmaterial überhaupt, als Aus- gangswerkstoffe für viele Gebiete der weiterverarbeitenden Industrie, sind groß und zahlreich. Walzdrahtbedarf und Erzeugung, ähnlich wie bei Blechen und Bändern, haben im Laufe der Zeit eine ständige Erhöhung erfahren und bewegen sich auch heute noch in ansteigender Richtung.

— Dr. Hü. —

Produktions- und Absatzlage

In unserer letzten Betrachtung über die Produktionslage im Novemberheft 1951 hatten wir zu der Rekordproduktion im Oktober von 106 000 Tonnen Stellung genommen und grundsätzlich festgestellt, daß wir bei genügender Rohstoff- belieferung ohne weiteres in der Lage sein müssen, 100 000 Tonnen Rohstahl zu produzieren und zu verarbeiten. Seit- dem sind nun folgende Monatsergebnisse in der Rohstahl- erzeugung erreicht worden

		Tage	moto	tato
Rohstahl	Oktober	27	106 015	3920
	November	25	101 100	4040
	Dezember	25	100 670	4030
	Januar	26	105 250	4050

Es ist durchaus erfreulich, festzustellen, daß wir seit Oktober, also dem Beginn des neuen Geschäftsjahres, noch jeden Monat die 100 000-t-Grenze überschritten haben. Es ist dies sogar gelungen in den Monaten November und Dezember, die nur 25 Arbeitstage hatten.

Rechnet man mit den Produktionstagen die tägliche Erzeu- gung aus, so sieht man, daß die letzten drei Monate sogar gegenüber dem Oktober noch eine Steigerung bedeuten und daß dieses hohe Niveau ziemlich konstant geblie- ben ist.

Voraussetzung hierbei ist gewesen, daß wir mehr Koks bekamen und daß unsere Hochöfen die steigende Menge verarbeiteten. Beides ist der Fall gewesen. Durch Sonder- zuteilungen an Koks, vor allem durch zusätzliche Beliefe- rung durch den Bergbau, an den wir bekanntlich erheb- liche Mengen unserer Produkte liefern, haben einen steigenden Koksdurchsatz ermöglicht. Hinzu kam ab Januar eine gewisse Aufbesserung unserer offiziellen Kokszuteilung. Entsprechend dieser Mehrlieferung haben auch unsere Hoch-

öfen ihren Durchsatz in erfreulicher Weise steigern können.

Nachdem also im Oktober das Martinwerk durch erhöhte Produktion zu unserem Fortschritt beigetragen hat, ist die Grundlage für die weitere Besserung beim Hochofen zu suchen, wie es sich auch in den Roheisen-Erzeugungszahlen ausdrückt:

Roheisen	Oktober	75 005
	November	74 335
	Dezember	76 675
	Januar	80 630
	(Februar-Plan	77 500).

Die Februar-Planzahl, die wieder absolut etwas niedriger liegt, bedeutet bei dem kürzesten Monat des Jahres eine weitere Steigerung, arbeitstäglich gerechnet. Wenn es gelingt, wie wir es uns vorgenommen haben, in diesem Monat mit der vorgesehenen Roheisenerzeugung auch wieder die 100 000-t-Grenze in Rohstahl zu erreichen, so braucht unter normalen Verhältnissen im ganzen Geschäfts- jahr diese Grenze nicht mehr unterschritten zu werden.

Es darf in diesem Zusammenhang nochmals daran erinnert werden, daß wir bereits einmal im Oktober 1950, als wir kurzfristig mit 5 Hochöfen arbeiten konnten, 79 000 t Roh- eisen erzeugt haben. Dies wurde also jetzt mit 4 Hochöfen überboten, eine neue erfreuliche Höchstleistung.

Für das Thomaswerk, das wesentlich weniger Vormetall als damals an das Martinwerk abgab, brachte der Monat Januar auch eine neue Nachkriegshöchstleistung an Rohblockstahl mit 61 150 t.

Die jetzige Höhe unserer Rohstahlerzeugung mit 4000 tato ermöglicht eine ausreichende Beschäftigung aller unserer Betriebe mit den jetzt laufenden

Schichten, wenn man von den Schwankungen an den Blockstraßen I und III im Kaliberwalzwerk absieht, die direkt dem wechselnden Angebot des Stahlwerkes ausgesetzt sind. Diese Auslastung der Betriebe ist auch erforderlich, damit wir den Anforderungen entsprechen, die uns im Rahmen der Eisenlenkung in den einzelnen Produkten gestellt sind. Trotzdem sind wir noch nicht in der Lage, allen diesen Anforderungen voll zu entsprechen, und es bleibt vor allem eine unbefriedigende Menge an Halbzeug zum Verkauf, worunter Hohenlimburg zu leiden hat.

Trotz dieser Sorge um die genügende Beschäftigung Hohenlimburgs, die wir also gar nicht selbst in der Hand haben, ist es für uns erfreulich, festzustellen, daß gerade wieder im Januar eine so große Zahl von Betrieben mit neuen Nachkriegshöchstleistungen aufgewartet haben, daß wir sie im Rahmen dieses Berichtes gar nicht aufführen können. Erwähnt seien jedoch weitere Steigerungen im Blechwalzwerk I und II und im Spezialblechwalzwerk, die damit erheblich über den Höchstleistungen sogar der Vorkriegszeit liegen. Das Hammerwerk hat die 2000-t-Grenze überschritten und damit auch die normalen Vorkriegswerte. Wenn man die Schichtleistungen und nicht die absoluten Monatszahlen betrachtet, so ist dieses auch der Fall im Kaltwalzwerk, an der Straße VIII und der Drahtstraße. Da vor dem Kriege teilweise in drei Schichten, teilweise in zwei 10-Stunden-Schichten gearbeitet wurde, ist hier ein Vergleich der absoluten Zahlen nicht ohne weiteres möglich.

Wenn man berücksichtigt, daß der Monat Januar in seinem Ablauf eine Reihe von Schwierigkeiten mit sich brachte, so ist das Monatsergebnis mit über 88 000 t Fertigerzeugung um so höher zu werten. Es sei daran erinnert, daß verschiedene Kessel und Maschinen-Aggregate für die Energie- und Windversorgung nicht zur Verfügung standen, daß

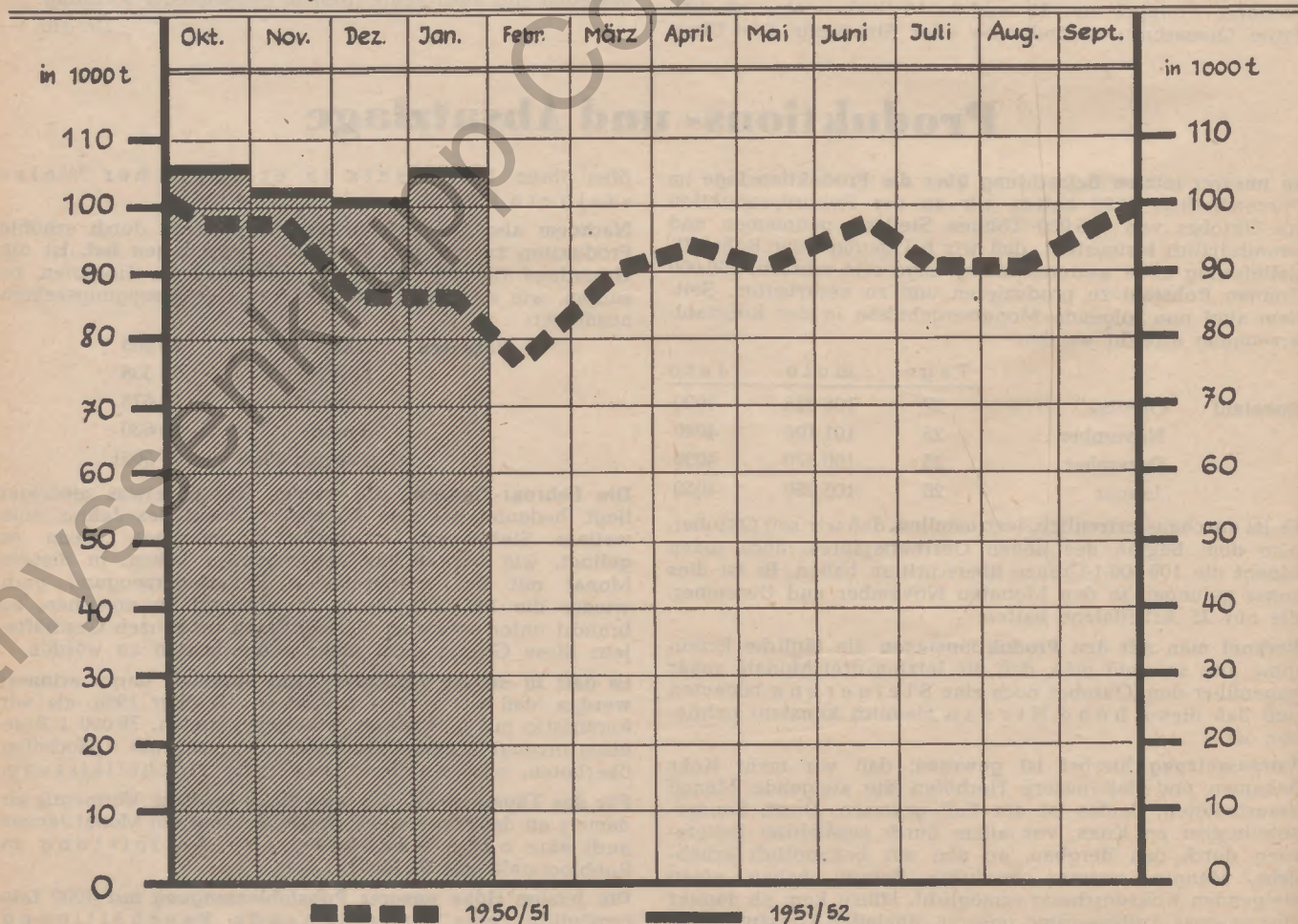
weiter Hochofen I drei Tage Stillstand hatte, daß der Umbau des I. Gerüsts an der Blockstraße I das Kaliberwalzwerk behinderte und daß der ausgesprochene Gasmangel nicht nur betriebliche Umstellungen, sondern auch sehr unangenehme Anforderungen an die Belegschaft mit sich brachte. Aus dem guten Monatsergebnis trotz all dieser Schwierigkeiten sind auf jeden Fall Rückschlüsse nicht nur auf die Leistungsfähigkeit, sondern auch auf die Anpassungsfähigkeit unseres Werkes zu ziehen.

Andererseits dürfen wir nicht vergessen, daß dieser Fertigerzeugung eine Rohstahlmenge von fast 112 000 t entspricht, d. h. also, daß unsere jetzige Rohstahl-Produktion noch nicht ausreicht, um unsere Betriebe in dem Umfang des Januar zu befriedigen. Die Lagerentnahmen an Rohblöcken und vor allem an Halbzeug werden in diesem Umfang kaum weiter möglich sein. Aus diesem Grunde wird es auch jedem einleuchten, daß man versucht hat, auf jeden Fall dem Martinwerk die zur Rohstahlerzeugung benötigte Menge Ferngas zur Verfügung zu stellen, worunter die Verarbeitungsbetriebe durch Ausweichen auf den Sonntag zu leiden hatten. Würden wir das nicht tun, so würde weniger Rohstahl erzeugt und damit der Wochen-Stillstand sowieso unvermeidbar werden, und zwar dann als tatsächlicher Ausfall an Produktion und Verdienst.

Wenn also im Januar bei ausreichender Beschäftigung unsere Verarbeitungsbetriebe fast 112 000 t Rohstahl benötigt haben, ohne daß wir den an uns gestellten Anforderungen an Fertigerzeugnissen und Halbzeug für Hohenlimburg entsprechen können, so bedeutet dies heute für uns die Notwendigkeit, unsere Rohstahlproduktion noch über diese Menge hinaus zu steigern.

Die Fertigstellung des Hochofens III, der uns diese Steigerung ermöglichen soll, geht programmgemäß ihrer Voll-

Unsere Rohstahlerzeugung



endung entgegen. Im Monat April soll dieser nächste Schritt zur Ausweitung unserer Produktion getan werden. Wir müssen uns jedoch heute schon darüber klar sein, daß die Zeit bis dahin noch allerhand Anforderungen an die Werksleitung und mehr oder weniger an jeden einzelnen stellen wird. Schon die Verkehrsprobleme erfordern heute die größte Aufmerksamkeit, um den wachsenden Anforderungen gerecht zu werden, vor allem beim Hochofen. Selbst wenn Frosteinbrüche nicht mehr erfolgen sollten, so ist doch weiterhin mit Schwierigkeiten in der Ferngasbelieferung zu rechnen. Auch muß Vorsorge getroffen werden, daß der geplante Umbau an der Schere der Blockstraße I mit seiner eingeschränkten Durchsatzmöglichkeit an Rohstahl uns nicht unvorbereitet trifft. Zudem wird ernsthaft angestrebt, daß die Straße VIII wieder auf der 3. Schicht arbeitet.

Für alle diese Überlegungen ist es unbedingt erforderlich, unsere Rohstahlproduktion auf der jetzigen Höhe zu halten. Wir hoffen heute, den notwendigen Koks für den 4-Ofen-Betrieb voll sicherstellen zu können. Die erhöhten Förderleistungen des deutschen Bergbaus berechtigen zu der Hoffnung, daß auch unser Anspruch auf den Koks für den 5. Hochofen befriedigt werden wird.

Wenn die deutsche Rohstahlproduktion im Jahre 1952 auf 14,4 Mio. t gesteigert werden soll gegenüber 13,5 Mio. t im Jahre 1951, so würden wir als Westfalenhütte mit 115 000 t etwa 9,5 % der gesamten Rohstahlproduktion übernehmen können, das ist auch der Anteil, der uns zusteht und den wir bisher aus Mangel an Hochofenraum und auf Grund zu geringer Koksuteilung nicht erreichen konnten.

—Fr.

Weitere Neuordnung im Hoesch-Bereich

Nach der Übergabe der Beschlagnahme-Anordnungen der Combined Coal Control Group an die in Liquidation befindliche Hoesch AG. am 31. 1. 1952 wurden am 11. Februar zwei Kohlen-Einheitsgesellschaften gegründet, und zwar die Hoesch-Bergwerks AG. in Dortmund und die Altenessener Bergwerks AG. in Essen. Zur Dortmunder Gesellschaft gehören die Zechen Kaiserstuhl I und II in Dortmund und die Zeche Fürst Leopold-Baldur in Hervest-Dorsten. Die Hoesch-Bergwerks AG. soll durch eine noch zu gründende Obergesellschaft mit der Westfalenhütte AG. und einer Reihe von weiterverarbeitenden Betrieben der alten Hoesch AG. verbunden werden. Die Altenessener Gesellschaft mit den Zechen Fritz Heinrich und Emil Emscher in Altenessen und der Zeche Radbod in Hamm wird eine selbständige reine Zechengesellschaft sein.

Die Hoesch-Bergwerks AG. hat ein Kapital von 65 Millionen DM. Das bedeutet bei einer Förderung von 2,5 Millionen Tonnen einen Kapitalisierungssatz von 26 DM je Tonne Förderung. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß die Förderung der Kaiserstuhl-Schächte noch unter den Folgen des Krieges leidet; mit einer künftigen Zunahme der Jahresförderung kann gerechnet werden.

Durch die Trennung des bisher einheitlich geleiteten Bergbaubetriebes der Hoesch AG. in nunmehr zwei Zechengruppen ergab sich die Notwendigkeit einer Übergangslösung, da in der Vergangenheit die Altenessener Zechen und auch die Zeche Radbod aus wirtschaftlichen Überlegungen in stärkerem Umfange ausgebaut wurden, als es bei den Dortmunder Schachtanlagen der Fall war. Außerdem wurden die Dortmunder Zechen in wesentlich größerem Umfange von Kriegsschäden betroffen als die übrigen Schachtanlagen. Eine Unterstützung bei der Finanzierung der notwendigen Investitionen und ein Ergebnisausgleich zugunsten der Hoesch-Bergwerks AG. war demnach erforderlich. Nach

Verhandlungen mit der DKBL und der Stahltruhändler-Vereinigung wurde vereinbart, daß für drei Jahre eine Tonnenabgabe von 1 DM je Tonne Förderung durch die Altenessener Bergwerks AG. an die Hoesch-Bergwerks AG. gezahlt wird. Diese Tonnenabgabe dürfte nach dem heutigen Stand der Förderung der Altenessener Gesellschaft jährlich etwa 3,5 Millionen DM betragen. Einen entsprechenden Betrag wird die Westfalenhütte AG. der Hoesch-Bergbau AG. als Kredit zur Verfügung stellen, so daß die Finanzierung eines wesentlichen Teils der Investitionen dieser Gesellschaft gesichert ist.

Die Altschulden der in Liquidation befindlichen Hoesch AG., deren Höhe nicht besonders ins Gewicht fällt, sollen mit 63 Prozent von den in der Dortmunder Obergesellschaft zusammenzuschließenden Betrieben aufgebracht werden; 37 Prozent soll die Altenessener Gesellschaft übernehmen, während die Hoesch-Bergwerks AG. nicht herangezogen werden soll.

Die Kohlenförderung betrug im Kalenderjahr 1951 bei der Dortmunder Gesellschaft 2,5 Millionen Tonnen, die Koks-erzeugung 530 000 Tonnen, die Zahl der Beschäftigten rund 9800 Mann.

Zu Vorstandsmitgliedern wurden berufen: Bergassessor Kurt Klemme als technischer Leiter, Diplomkaufmann Helmut Elbrächter als kaufmännischer Leiter, Otto Hoffmann als Arbeitsdirektor.

Zu Mitgliedern des Aufsichtsrates wurden bestellt: von Unternehmerseite: Bergassessor Hellmut Hansen (Vorsitzender), Bergassessor Heinrich Bomke, Friedrich Wilhelm Engel, Dr.-Ing. Albrecht Harr, Dr. Erich W. Schulte; von Arbeitnehmerseite: Theodor Classen, Everhardt Esser, Oberstadtdirektor Wilhelm Hansmann, Paul Hoffmann, Josef Marbach; 11. Mann: Landeshauptmann Dr. B. Salzmann.

Das Durchschnittseinkommen der Nationen

Ein vom Statistischen Amt der Vereinten Nationen veröffentlichter „Überblick über das Nationaleinkommen je Kopf der Bevölkerung von 70 Nationen“ weist mit Recht darauf hin, daß es bis jetzt noch keinen einzigen offiziellen Preisvergleich auf internationaler Ebene gibt. Um das Einkommen unter Zugrundelegung der entsprechenden Kaufkraft einheitlich in US-Dollars ausdrücken zu können, sind jedoch derartige Untersuchungen erforderlich. Für rein praktische Zwecke sind nach dem Überblick „verschiedene Methoden ausprobiert worden, die sich als mehr oder weniger befriedigend erwiesen“.

Bei seinen eigenen Schätzungen über die Höhe der Volkseinkommen und Durchschnittseinkommen je Kopf der Bevölkerung verwirft das Statistische Amt der Vereinten Nationen die Zugrundelegung sowohl der Vorkriegskurve als auch der festen und daher in vielen Fällen willkürlichen Devisenkurse der Nachkriegszeit. Das Statistische Amt hielt es vielmehr für richtiger, von den Vorkriegskursen auszugehen und diese unter Berücksichtigung der inzwischen eingetretenen Kaufkraftveränderungen in den betreffenden Währungen umzurechnen. Als Berechnungsgrundlage dienten dabei Preisindexzahlen. Obwohl diese Indexzahlen über die

Lebenshaltungskosten ebenfalls gewisse Nachteile aufweisen — sie spiegeln gewöhnlich eine inzwischen eingetretene Konsumverlagerung wider —, stellte das Statistische Amt doch fest, daß sie anderen Indexzahlen vorzuziehen sind. Bei uns in Deutschland hat man sich bisher auf eine einheitliche Indexzahl noch nicht einigen können; daher die so unterschiedlichen Einkommens-, Lebenshaltungskosten- usw. Berechnung der Gewerkschaften bzw. des Wirtschaftswissenschaftlichen Institutes, des Bundeswirtschaftsministeriums, der deutschen Arbeitgeberverbände usw.

Die siebzig im Bericht erfaßten Länder erstrecken sich über 90 Prozent der Gesamtbevölkerung der Erde und über 90 Prozent des Gesamteinkommens. Unter diesen 70 Staaten befinden sich 12 Länder, in denen sich das Durchschnittseinkommen je Kopf der Bevölkerung auf weniger als 50 Dollar beläuft; sie umfassen ein Drittel der Weltbevölkerung, aber nur ein Fünftel des Gesamteinkommens. Rechnet man die nächstärmsten Länder mit weniger als 100 Dollar Einkommen je Einwohner hinzu, dann kommen wir auf über die Hälfte aller Menschen, aber auf nur ein Zehntel des Welteinkommens. Lediglich in 15 der 70 Länder liegt das Durchschnittseinkommen über 400 Dollar. Die acht

reichsten Länder, die ein Zehntel aller Menschen in ihren Territorien vereinigen, nennen Durchschnittseinkommen von über 600 Dollar.

Die Tabelle bringt die Zahlen des Berichts in der Reihenfolge aufgeführt, die sich aus der Einkommenshöhe ergibt.

Land	Nationalein- kommen 1949	in US-Dollar (Mill.)	Durchschnitt je Kopf in US-Dollar
USA (Dollar)	216 831 Mill.		1453
Großbr. (Pfd. Sterl.)	10 420 "	38 922	773
Dänemark (Kronen)	16 480 "	2 908	689
Norwegen (Kronen)	9 640 "	1 898	587
Belgien (Franken)	250 775 "	5 015	582

Luxemburg (Franken)	8 150 Mill.	162	553
Niederlande (Guld.)	14 135 "	5 000	502
Frankreich (Frs.)	6 930 Mrd.	19 857	482
Island (Kronen)	1 080 Mill.	66	476
Westdeutschland (DM)	64,5 "	15 300	320
Portugal (liegt nicht vor, geschätzt)		2 150	250
Italien (Lire)	6 192 Mrd.	10 800	235
Griechenland (Dr.)	19 200 "	1 008	128
Türkei (liegt nicht vor, geschätzt)		2 452	125

Der Bericht erstreckt sich über das Jahr 1949, ist also sicherlich überholt; jedenfalls steht fest, daß das Nationaleinkommen der USA sehr erheblich gestiegen ist. Trotzdem ermöglicht die obige Tabelle recht interessante Rückschlüsse und Überlegungen.

Immer noch: Für und wider Mitbestimmung

Die führenden Gewerkschaftler des Deutschen Gewerkschaftsbundes trafen sich mit Redakteuren aller Richtungen Ende Januar in Oberhausen zu einer Aussprache über Fragen der Mitbestimmung. Aus der Fülle der uns vorliegenden Stellungnahmen greifen wir folgende heraus:

„Spannung im Revier“

„Stuttgarter Zeitung“: „Der DGB trat in dem geräumigen Werksgasthaus des Hüttenwerkes Oberhausen durchaus als Gastgeber auf. Die Machtfülle der einstigen Herren hat seit Ende des Krieges große Einbußen erlitten. Es ist bemerkenswert, wieviel Resignation heute über Unterhaltungen mit Vertretern der Ruhrindustrie liegt. Ein Besuch im Revier zeigt, wie es gegenwärtig um die angeblich so große Machtfülle, den weitreichenden Einfluß der vielzitierten „Monopolkapitalisten“ steht. Sie klagen, daß sie keine politische Vertretung haben. Der Kölner Bankier Pferdenges, Dr. Adenauers Wirtschaftsberater, repräsentiert für sie nur die Vorherrschaft des Finanzkapitals vor dem Wirtschaftskapital. CDU und FDP sind ihnen zu heterogen zusammengesetzt. Einen neuen Mann unterstützen? Die Erfahrungen mit der Finanzierung Hitlers scheinen doch abschreckend gewirkt zu haben. Man vermißt schmerzlich die alten Industriekapitäne, die tot oder im Zusammenbruch untergegangen sind. Dadurch sei die zweite Garnitur der wohl tüchtigen Sachbearbeiter an die Spitze gekommen, denen jedoch der durchschlagende Elan und Einfallsreichtum der Kirdorf usw. fehle.“

Die große Zielstrebigkeit des DGB dagegen wird vielfach, wenn auch mit widerwilliger Bewunderung, anerkannt. Verfücht der Gewerkschaftsbund nicht ähnlich wie die SPD bei der Ratifizierung des Schumanplans im Bundestag die Interessen der deutschen Montanindustrie? Beider Motive sind freilich von denen der Industrie grundverschieden. Hans vom Hoff vom Vorstand des DGB sagte im Verlauf des Oberhausener Gesprächs unmißverständlich, daß das Mitbestimmungsrecht, auch wenn es über die kohle- und eisen-schaffende Industrie hinaus ausgedehnt werde, die Sozialisierung der Grundindustrien keineswegs überflüssig mache. Beide Ziele bestünden unverändert nebeneinander fort; die

Mitbestimmung sei lediglich eine Demokratisierung des Betriebes, um vorerst die Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit herbeizuführen. Die Industrie hatte aber weitgehend gemeint, daß die Sozialisierung durch die Mitbestimmung überflüssig werde . . .

Der DGB erweist sich derzeit als Meister einer kühlen Realpolitik. Seine zum Teil sehr klugen und geschickten Funktionäre vergessen zwar auch die versöhnlichen Töne nicht. Sie sprechen etwa von Zusammenarbeit, in der die Notwendigkeit einer veränderten Gesellschaftsordnung anerkannt werden müsse. Das ist schon richtig. Aber wenn sie gleich darauf betonen, daß eine Zusammenarbeit auf Teilgebieten nicht möglich sei, wird im selben Atemzug der totale Machtanspruch des Apparats deutlich.“

Wirtschaftsdemokratie als Chance

„Die Welt“: „Die Gewerkschaften . . . nehmen es sehr ernst mit dem Bemühen, ihre Argumente auch mit denen zu diskutieren, die mit der gewerkschaftlichen Politik nicht einverstanden sind, sie in Frage stellen oder gegen sie kritische Einwände vorzubringen haben . . . Es tauchte die Frage auf, ob die Institution der Mitbestimmung in der Lage sei, zu bewirken, was sie bewirken sollte: nämlich den Menschen, den Arbeiter vom anonymen Teilchen im Produktionsprozeß zum denkenden und wirkenden Teilhaber an der Wirtschaftsdemokratie zu machen; ob nicht die Gefahr bestünde, daß, wie in der Politik, alle Entscheidungen in die Hand der Manager der großen Apparate geraten könnten. Ob nicht also das Mittel der Mitbestimmung mehr dazu diene, Macht zu versammeln, da sie ja auch von Leuten wahrgenommen werden soll, die von außen her, von der gewerkschaftlichen Zentrale, und nicht also nur aus dem Betriebe kommen.“

Das sind zweifellos Argumente von einigem Gewicht; aber sie sind es nur auf den ersten Blick. Sie fassen nicht ins

ZUM NACHDENKEN

Freiheit nur für die Anhänger der Regierung, nur für Mitglieder einer Partei — mögen sie noch so zahlreich sein — ist keine Freiheit. Freiheit ist immer Freiheit des Andersdenkenden. Nicht wegen des Fanatismus der „Gerechtigkeit“, sondern weil all das Belehrende, Heilsame und Reinigende der politischen Freiheit an diesem Wesen hängt und seine Wirkung versagt, wenn die „Freiheit“ zum Privilegium wird . . .

Ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Presse- und Versammlungsfreiheit, freien Meinungskampf erstirbt das Leben in jeder öffentlichen Institution, wird zum Scheinleben, in der die Bürokratie allein das tätige Element bleibt. Diesem Gesetz entzieht sich niemand. Das öffentliche Leben schläft allmählich ein, einige Dutzend Parteiführer von unerschöpflicher Energie und grenzenlosem Idealismus dirigieren und regieren, unter ihnen leitet in Wirklichkeit ein Dutzend hervorragender Köpfe; eine Elite der Arbeiterschaft wird von Zeit zu Zeit zu Versammlungen aufgeboten, um den Reden der Führer Beifall zu klatschen, vorgelegten Resolutionen einstimmig zuzustimmen, im Grunde also eine Cliquenwirtschaft — eine Diktatur allerdings, aber nicht die Diktatur des Proletariats, sondern die Diktatur einer Handvoll Politiker . . .

Wir sind nie Götzendiener der formalen Demokratie gewesen, das heißt nur: wir unterscheiden stets den sozialen Kern von der politischen Form der bürgerlichen Demokratie, wir enthüllten stets den herben Kern der sozialen Ungleichheit und Unfreiheit unter der süßen Schale der formalen Gleichheit und Freiheit — nicht um diese zu verwerfen, sondern um die Arbeiterklasse dazu anzustacheln, sich nicht mit der Schale zu begnügen, vielmehr die politische Macht zu erobern, um sie mit neuem, sozialem Inhalt zu füllen . . .

(Rosa Luxemburg „Die russische Revolution“)

Auge, daß die Demokratie und also auch die Wirtschaftsdemokratie eine Chance, eine Möglichkeit ist, die der einzelne und die Gesamtheit wahrnehmen können oder auch nicht. Um diese Möglichkeit geht es, und sie wird uns in diesem Augenblick der Geschichte angeboten, in dem der Zustand unserer Gesellschaft sich in einem langdauernden revolutionären Akt verändert — verändert durch die Tatsache, daß Kapital und Arbeit eine Formel für die Kooperation auf einer Ebene suchen müssen. Das ist die Konsequenz, die sich aus dem erfolgreichen Kampf der Arbeiter um ihre soziale Gleichberechtigung notwendigerweise ergibt, wenn man es nicht auf eine Kraftprobe ankommen lassen will."

Kernfrage: Sozialisierung

"Frankfurter Allgemeine Zeitung": „Zur Stunde wird um die Verbreiterung der Mitbestimmung gerungen, das heißt: ein innerbetrieblicher Ausgleich zwischen Kapital und Arbeit soll die Lösung sein, soll den sozialen Frieden im Betrieb bringen. Das private Kapital und die Arbeiterschaft stehen dabei nach Gewerkschaftsauffassung gleichberechtigt nebeneinander. Morgen aber soll die Sozialisierung folgen, das heißt morgen soll das private Kapital herausmanövriert und durch einen in parlamentarischem Wechselrhythmus gehaltenen Staat ersetzt werden. An Stelle der Unternehmer kommen Ministerialbeamte, kommt die Behörde. Die wiederholt gestellte Frage: was versprechen sich die Gewerkschaften für weitere Vorteile aus der Mitbestimmung für den arbeitenden Menschen, wenn ganze Industriebereiche sozialisiert sind, wurde leider nicht beantwortet. Hier aber scheint das Kernproblem zu liegen, dessen Erörterung notwendig ist, noch ehe mit der Mitbestimmung weitere Schritte gewagt werden.

Auf die Frage nach der Mitbestimmung in einer nach der Enteignungsattacke sozialisierten Grundstoffwirtschaft antwortete Dr. Franz Grosse leider nur mit einem Bonmot: „Finden Sie nicht, daß gerade nach dem Einmarsch der Beamten als Kapitalvertreter die Mitbestimmung notwen-

diger denn je wäre?" Der ernste Hintergrund dieser Antwort scheint anzudeuten, daß hinter der Mitbestimmung eine noch kaum ausgesprochene wirtschaftliche und politische Konzeption steht, die nicht in die Struktur Westeuropas hineinpaßt und auch nichts mehr mit einer Demokratisierung der Wirtschaft zu tun hat. Der bisher deklarierte Sinn der Mitbestimmung, Frieden mit dem privaten Eigentümer zu schließen und gemeinsam durch dick und dünn zu gehen, wäre aus den Angeln gehoben; es müßte erneut ein Ringen gegen das nunmehr wirklich anonyme Großkapital beginnen."

Leistungen anerkennen!

Am 30. Januar hielt Dr. Helmut Krengel, der Vorsitzende des Presseausschusses der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, vor der Wirtschaftlichen Gesellschaft für Westfalen und Lippe einen Vortrag ebenfalls zu dem Problem Mitbestimmung: Auch der Unternehmer müsse erkennen, daß sich die deutsche Gewerkschaft, ihrer ständigen und öffentlichen Verantwortung bewußt, beim Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft als außerordentlich positiver Faktor — nicht zuletzt gegen alle Versuche einer kommunistischen Infiltration — erwiesen hätte. Andererseits müsse man aber auch verlangen, daß die Leistungen der Unternehmerschaft von den Gewerkschaften anerkannt würden. So seien zum Beispiel von den von der deutschen Wirtschaft insgesamt aufgebracht vier Milliarden DM Sozialaufwendungen 2,6 Milliarden freiwillig aufgebracht worden. Die deutsche Wirtschaft habe angesichts ihrer sozialen Leistungen keinen Vergleich mit irgendeinem Lande zu scheuen.

Die Unternehmerschaft sei durchaus nicht gegen jede Art von Mitbestimmung eingestellt. Die mitwirkende Anteilnahme der Arbeitnehmer am Betriebsgeschehen sei sogar erwünscht. Abgelehnt werde jedoch eine Fernsteuerung der Betriebe. In dem Ziel, vor allem das Betriebsklima zu verbessern, stimme die Unternehmerschaft mit den Forderungen der Gewerkschaften vollkommen überein.

Um die Werkzeitschriften

Immer noch sind die Werkzeitschriften für viele ein heißes Eisen. Sie sind es nicht ganz zu unrecht. Es ist nicht zu bestreiten, daß die früheren Werkzeitschriften — und zwar schon vor dem ersten Weltkrieg — von Unternehmern und Verbänden als Organ vor allem gegen die Gewerkschaften gestartet wurden. Sie hatten die Aufgabe, gegen sozialpolitische Forderungen der Arbeitnehmer, die von den Gewerkschaften (Freie und Christliche Gewerkschaften) vertreten wurden, und gegen die daraus resultierenden oder mit ihnen verbundenen politischen Forderungen der Parteien (hier vor allem SPD und Zentrum) massiv oder dialektisch in Angriff und Abwehr zu stehen. Ihr Ziel war also nicht mehr und nicht weniger als eine möglichst weitgehende und nachhaltige wirtschaftliche und politische Beeinflussung der Belegschaften. Im „Dritten Reich“ waren sie politische Ausrichtungsorgane schlechthin.

Der neue Start neuer Werkzeitschriften nach dem Kriege mußte unter dem Bleigewicht der früheren Erfahrungen schwer sein. Als wir als das erste Werk den ersten Schritt zur Herausgabe unserer Zeitschrift unternahmen — wir nannten uns, um uns schon in der Namensgebung von den Werkzeitschriften alter Prägung zu distanzieren, „Mitteilungsblatt“ —, da hat es an Warnern nicht gefehlt. Wir konnten die gewagte — und von Gewerkschaftsseite sehr umstrittene — Herausgabe unseres Mitteilungsblattes nur riskieren aus der neuen Haltung heraus:

Der Erfolg eines Unternehmens läßt sich heute nicht mehr nur in barer Münze ausdrücken. Ein Erfolg schlechthin läßt sich nur erreichen und halten, wenn ein Unternehmen möglichst viele erfahrene und zuverlässige Mitarbeiter mit möglichst weitgehender Mitverantwortung und Selbstständigkeit — also nicht nur Mitbestimmung — heranzubilden vermag. Je mehr ein Unternehmen den sozialen Erfordernissen seiner Belegschaft und der Umwelt gerecht wird, desto sicherer sind Leistung und Gedeihen des Werkes gewährleistet. Sämtliche Mitarbeiter müssen gut und gerecht behandelt werden unter größtmöglicher Förderung der Aufstiegsmöglichkeiten. Darin liegt zugleich die Verpflichtung, die Belegschaft ständig und weitgehend über Aufgaben und Ziele, Planung und Wollen, über die jeweilige wirtschaftliche und produktionsmäßige Lage und über die sich daraus ergebenden guten und schlechten Seiten der Unternehmensentwicklung eingehend und offen zu unterrichten. Dadurch wird jedem Mit-

arbeiter das Verständnis für das Unternehmen und für den Sinn seiner persönlichen Arbeit vermittelt. Ein Mitarbeiter der mit dem Werk und der Gesamtbelegschaft vertraut und verbunden ist, ist — durchweg — besonders wertvoll und zuverlässig.

Aus dieser Grundhaltung, die sich sehr weit begründen ließe, erhellt, wie notwendig es ist, aus der These „Hie Kapital“ und der Antithese „Hie Arbeit“ die Synthese „Kapital und Arbeit“ zu ziehen und sie jedem nahezubringen. Hier sucht unser Mitteilungsblatt, das verbindende Band zwischen Werk und Belegschaft zu sein.

Darüber hinaus: Die Zeit der Geheimhaltung ist im Zeitalter der Mitbestimmung vorbei. Gerade die Offenheit, mit der alle Fragen im Mitteilungsblatt behandelt werden, bietet beiderseits eine Fülle von Möglichkeiten, falsche Auffassungen zu berichtigen, Spannungen zu beseitigen und Gegensätze durch eine von beiden Seiten bejahte Zusammenarbeit zu ersetzen. Eine weitestgehende Offenheit in der Behandlung aller Fragen, auch in der Offenlegung der geschäftlichen Lage, der Aufgaben und Ziele der Werkleitung und der Arbeitnehmerschaft kann das beängstigende und die Arbeit erschwerende Mißverstehen und Mißdeuten einzelner Maßnahmen und Äußerungen zugunsten eines wohlbegründeten Verständnisses und Anerkennens überwinden.

Tagung in Düsseldorf

Innerhalb des Bundesgebietes und Westberlins bestehen zur Zeit etwa 250 Werkzeitschriften. Um einen Erfahrungsaustausch vornehmen zu können, wurde auf einer Tagung in Heidelberg ein „Arbeitsausschuß der Werkzeitschriften-Redakteure“ gegründet, der sich wiederum einen geschäftsführenden Ausschuß gab, der aus Dr. Nebe-Flender-Werke Bocholt und Hoischen-Westfalenhütte AG. Dortmund besteht. Der Arbeitsausschuß hat auf einer Arbeitstagung, die am 8./9. Februar 1952 in Essen-Hügel stattfand, beschlossen, alle Redakteure der Werkzeitschriften des Bundesgebietes und Westberlins für den 2./3. Mai 1952 zu einer Arbeitstagung nach Düsseldorf einzuberufen. Auf dieser Kundgebung, die bewußt in den Schwerpunkt des deutschen Wirtschaftslebens gelegt wurde, soll der breiten Öffentlichkeit die Bedeutung und Aufgabe der Werkzeitschrift dargestellt werden.

HÖRDE

Die Forschung vermutet, daß die Mühle und die ersten Höfe, aus denen das Dorf Hörde entstand, von Reichsleuten, wahrscheinlich Wellinghofer, angelegt wurden. Im Jahre 1198 hören wir von einem Ritter Albert von Hörde, der Dienstmann im Gefolge des Kaisers Otto IV. in Aachen war. Die Erbauung der Burg Hörde muß Anfang des 13. Jahrhunderts erfolgt sein, denn bereits um das Jahr 1297 gelangte sie aus dem Besitz der Ritter von Hörde durch Kauf in die Hand der Grafen von der Mark, die sie 1299 mit Steinen und Eisenwerk der zerstörten Hohensyburg ausbauen ließen. Die Hörder Burg war das wichtigste Bollwerk der Grafen gegen Dortmund. Die alte Burg brannte 1673 ab.

Der Gründungsbrief der Stadt Hörde trägt das Datum 1340. Der Haupterwerbszweig der Hörder Bürgerschaft war seit dem 15. Jahrhundert das Nagelschmiedehandwerk. Im Jahre 1719 wurden unter den 482 Einwohnern 90 Nagelschmiede aufgeführt. Auch Bergbau wurde schon vor dem 30jährigen Kriege betrieben. In einer Bittschrift aus dem 17. Jahrhundert

wird das „saure und gefährliche Steinkohlenbrechen“ als hauptsächlichste Erwerbsquelle der armen Gemeinde bezeichnet. An gewerblichen Betrieben werden in Hörde vor allem Bäckereien, Bräuereien und Brennereien genannt. Im Jahre 1789 hatte Hörde eine Einwohnerzahl von 872 und im Jahre 1835 von annähernd 1500.

Der Begründer der Hörder Eisenindustrie ist Hermann Dietrich Piepenstock aus Iserlohn, der zunächst in Kleinbetrieben arbeitete. Größere Unternehmen entstehen erst durch dessen im Jahre 1782 geborenen Sohn. Dieser kaufte im Jahre 1839 die Hörder Burg mit 22 Morgen Land, vergrößerte den Besitz durch weitere Erwerbungen und erbaute auf dem Gelände die „Hermannshütte“, das Stammwerk des Hörder Vereins, der jetzt zur Hütten-Union gehört. Mit der Bedeutung des Werkes nahm auch die Bevölkerung zu: im Jahre 1871 zählte Hörde 12266, im Jahre 1900 25154 und im Jahre 1914 33124 Einwohner. Am 1. April 1928 ging Hörde durch Eingemeindung in Groß-Dortmund auf.



Hörde im Jahre 1842 (Blick vom Remberg)

Im Vordergrund rechts der Mühlenteich, links der untere Teil der Rembergweide, dahinter die ersten Anlagen der Hermannshütte. Die Kirche mit dem großen Turm ist die lutherische an der Langen Straße; links dahin, etwas erhöht gelegen, die alte Stiftskirche inmitten der ehemaligen Stiftsgebäude; zwischen beiden Kirchen die Bäume des Fried-

hofes, des jetzigen Stadtparks; ganz rechts mit einem zierlichen Türmchen die reformierte Kirche in der Gegend des heutigen Lyzeums. Die Baumreihen hinter der Kirche bezeichnen den westlichen Teil der jetzigen Hermannstraße etwa bis zum Anfang der Hochofenstraße. Im Hintergrund die bewaldeten Höhen des Höchsten.

Österreichische Eisen- und Stahlpläne

In einem Vortrag über die Planung und den Wiederaufbau der österreichischen Eisen- und Stahlindustrie wurde mitgeteilt, daß Österreich im vergangenen Jahr mit 946 000 t Rohstahl 2% der westeuropäischen und 0,6% der Weltproduktion aufgebracht hat. Die geplante Rohstahlerzeugung von 1,07 Mill. t, die heute fast erreicht ist, genügt jedoch bei weitem nicht dem gegenwärtigen Bedarf, so daß man zu einer weiteren Steigerung entschlossen ist und im Laufe des nächsten Jahres die Voraussetzungen für eine Rohstahlerzeugung von 1,3 Mill. t schaffen will. Nachdem die „Alpine Montan“ schon November 1950 eine neue Blockstraße in Betrieb nehmen konnte, die jedoch gegenwärtig nur mit 40 000 t monatlich ausgelastet ist und ihre Produktion ohne weiteres verdoppeln könnte, soll im Januar 1952 noch eine neue Knüppelstraße und 1953 eine neue Profilstraße zum Anlaufen kommen. Die Brammenstraße bei der „Voest“, für die 150 Mill. Schilling aufgewandt wurden und die im August 1951 angelaufen ist, ist gegenwärtig infolge Rohstahlmangels nur zu einem Bruchteil ausgelastet. Sie ist in der Lage, über 1 Mill. t Stahl/Jahr zu verarbeiten. Eine Breitbandstrecke im Werte von 315 Mill. Schilling soll im Juni 1952 in Betrieb genommen werden. Sie soll warmgewalzte Bleche bis zu einer Mindeststärke von 1,5 mm liefern. Als letzte Ausbaustufe soll ein neues Kaltwalzwerk im Werte von 122 Mill. Schilling errichtet werden, das alle Bleche bis zu den dünnsten Abmessungen liefern wird, dessen Inbetriebnahme aber nicht vor Mitte 1953 zu erwarten ist. In der Edelstahlindustrie wird die neue Blockstraße bei „Böhler“ im Werte von 131 Mill. Schilling die Sicherung des Bedarfes übernehmen. Das neue Edelstahlblechwalzwerk von „Schoeller-Bleckmann“ im Werte von 128 Mill. Schilling soll den zu erwartenden österreichischen und Exportbedarf decken. Alle geplanten Anlagen sollen in bezug auf Ausführung als auch Kapazität jeden Vergleich mit modernsten amerikanischen Anlagen aushalten. Der maschinelle Teil wurde größtenteils von USA geliefert.

STAHLVERARBEITENDE INDUSTRIE

Die neue Rheinbrücke Düsseldorf-Neuß

Die am 17. November 1951 dem Verkehr übergebene neue Rheinbrücke, die an Stelle der 1929 erbauten und im März 1945 zerstörten Straßenbrücke trat, stellt eine weitgehend geschweißte Kastenträgerbrücke mit oberliegender Fahrbahn dar. In Anlehnung an die Vorbilder der nach dem Krieg neu erbauten Rheinbrücken zwischen Köln und Deutz ist hier unter Mitwirkung des bekannten Brückenbauers Prof. Dr.-Ing. Schaechterle, Stuttgart, ein äußerlich sehr eindrucksvolles Bauwerk geschaffen worden, dem das System eines vollwandigen durchlaufenden Balkens mit stark veränderlichem Trägheitsmoment und verdrehungssteifem Kastenquerschnitt als wirtschaftliche Lösung zugrunde gelegt wurde. Zum ersten Male im deutschen Brückenbau hat man den von den Rheinischen Röhrenwerken entwickelten neuen Baustahl „St 50 m. e. S.“ (mit erhöhter Streckgrenze) verwendet, der bei gleicher Festigkeit den üblichen Baustahl St 50 in der Schweißbarkeit bei weitem übertrifft. Dadurch und durch eine bemerkenswerte Gestaltung der Fahrbahnplatte war es möglich, das Gewicht je qm Brückenfläche auf 510 kg herabzudrücken (gegenüber 630 kg bei der neuen Köln-Deutzer Rheinbrücke und 642 kg bei der Bonner Rheinbrücke). Gegenüber der alten Brücke ist die neue mit einem Gewicht von 6335 t um 2135 t leichter. Die fast völlig geschweißte Brücke wurde in der bisherigen Rekordzeit von 10 Monaten errichtet.

Großer Lokomotivauftrag Südafrikas

Der größte der in der Geschichte der südafrikanischen Eisenbahnen erteilte Lokomotivauftrag ist jetzt mit insgesamt 120 Lokomotiven vergeben worden. Dabei handelt es sich um 90 Kondenslokomotiven mit Tender und 50 Lokomotiven mit Normaltender. Die Kondenslokomotiven entsprechen den Verhältnissen des südafrikanischen Eisenbahnnetzes, bei denen auf weite Strecken kein Wasser gefaßt werden kann. Henschel & Sohn in Kassel bauen von dem Auftrag 60 Kondenslokomotiven und 40 mit Normaltender, während der Rest nach Lizenz von Henschel in England gebaut wird.

Alle sechs Minuten ein DKW

Das neuerstandene Düsseldorfer Werk der „Auto-Union“ hat im August 1950 mit der Produktion des Pkw.-Typs Meisterklasse begonnen und fertigt heute monatlich 1600 DKW-Personenwagen. Der Zwang, von Grund auf mit der Produktion beginnen zu müssen, hatte den großen Vorteil, daß das Düsseldorfer Werk der Auto-Union nach dem neuesten Stand der Planungstechnik, der Fließbandanlagen und mit den modernsten Maschinen erstellt werden konnte. Der pausenlose Fluß der Produktion — alle sechs Minuten ist ein Wagen fertig — erfordert täglich 100 t Material. Die Zahl der Beschäftigten ist auf 3000 gestiegen.

Deutsche Werftkapazität erst 55% des Vorkriegsstandes

Die gegenwärtig in der Deutschen Bundesrepublik vorhandene Werftkapazität entspricht erst 55% der Leistungsfähigkeit der vor dem Kriege im Bereich des heutigen Bundesgebietes bestehenden Werften. Die Zahl der Stapelläufe liegt gegenwärtig bei 30 bis 40% des Umfanges von 1921, so daß die deutsche Handelsflotte wesentlich langsamer anwächst als nach dem ersten Weltkrieg. Für die Werftindustrie des Bundesgebietes gelten immer noch alliierte Beschränkungen. Der einstmalig größten deutschen Werft Blohm & Voß ist noch nicht einmal der Aufbau einer Reparaturwerkstatt genehmigt worden, obwohl die finanziellen Vorbereitungen für den Wiederaufbau dieses Werftbetriebes von deutscher Seite schon sehr weit vorangetrieben sind.

Die westdeutsche Motorradindustrie

Die deutsche Motorradindustrie hat wie die Fahrradindustrie nach 1945 in unermüdlicher Wiederaufbauarbeit die zerstörten und beschädigten Produktionsstätten instand gesetzt und mit neuen Werkzeugmaschinen ausgerüstet. Eine Reihe von Werken aus dem Osten fand eine neue Heimat im Bundesgebiet. — Durch den sog. Industrieplan der Alliierten waren der Motorradindustrie zunächst erhebliche Fesseln auferlegt worden; denn das Hubvolumen der zum Bau freigegebenen Motorräder war zunächst nur auf den lächerlich kleinen Betrag von 60 ccm begrenzt, der später auf 100 ccm ausgedehnt wurde. Heute sind alle Fesseln gefallen.

Die „Internationale Fahrrad- und Motorrad-Ausstellung“ in Frankfurt a. M. (28. Oktober bis 4. November 1951) zeigte den Erfolg der in unglaublich kurzer Zeit gelungenen Wiederaufbauarbeit in einer vielseitigen Typenschau bis zu den schwersten Maschinen und in einer Fülle von neuen Konstruktionen. Weit über 100 Typen sind es, die auf der Frankfurter Schau gezeigt wurden — vom kleinen Fahrradhilfsmotor von 0,8 PS bis zur 35-PS-Maschine. Stark besetzt ist noch die 100-ccm-Klasse, und ebenso zahlreich sind noch die Modelle der 125-ccm-Klasse. Aber die 175-ccm- und die 200-ccm-Klasse sind auf Kosten der 125-ccm-Klasse sehr im Aufholen begriffen. Wer schon einmal Motorrad fährt, möchte gern eine kräftige Maschine zwischen den Beinen haben. Die schweren und schwersten Maschinen werden wegen des durch den hohen Preis begrenzten Absatzes verständlicherweise nur von wenigen Firmen gebaut.

Die Preise für Motorräder betragen etwa 800,— bis 900,— DM bei der 100-ccm-Klasse, gegen DM 1 200,— bei den 150 ccm, DM 1 600,— bis 1 900,— bei den 250 ccm, DM 2 000,— bis 2 200,— bei den 350 ccm und DM 3 000,— bis 3 950,— bei den schwersten Maschinen (z. B. BMW R 68). Die Motorrad-Erzeugung teilte sich im Jahre 1950 nach folgenden Typen-Klassen auf:

Motorräder bis 100 ccm	41 983 Stück	von 14 Werken
„ 125 „	81 749 „	30 „
„ 250 „	73 812 „	10 „
über 250 „	12 598 „	5 „
Motorroller	9 110 „	4 „
Seitenwagen	9 014 „	6 „
Fahrradhilfsmotore	41 932 „	4 „

Im Jahre 1950 wurden an Motorrädern einschl. Motorfahrrädern insgesamt 299 000 Stück hergestellt, im I. Halbjahr 1951 170 216 Stück.

Blick IN DIE PRESSE

Gefährliche Zahlenspiegel

Kürzlich meinte der Amerikaner Harris, wir würden schon sehr bald 19 bis 20 Millionen Tonnen Stahl erzeugen können. Jetzt hat die Bundesregierung beim Europäischen Wirtschaftsrat in Paris erklärt, sie werde alles tun, um die Kohlenförderung von jetzt 118,5 Millionen Tonnen auf 150 Millionen Tonnen im Jahre 1956 zu erhöhen. Diese Zahlen mögen unserem Selbstvertrauen schmeicheln. Doch sie können auch ein gefährliches Echo haben.

Selbst Harris weiß, daß seine Rechnung mehr als optimistisch ist. 1951 schmolzen unsere Hütten 13,5 Millionen Tonnen Stahl; 1952 können es nach Ansicht der Fachleute 14,5 Millionen Tonnen sein. Dann sind wir am Ende, wenn nicht unsere demontierten Betriebe, wie die August-Thyssen-Hütte, mit ihren Reserven eingesetzt werden können. Doch auch dann sind wir noch weit von den 20 Millionen Tonnen entfernt.

Bei der Kohle braucht nur die Fördersteigerung der letzten Jahre eingehalten zu werden, und die Regierung könnte ihr Versprechen einlösen. Aber auch hier stehen wir heute schon vor Hürden, die das Tempo sehr verlangsamen können. Beide Industriezweige brauchen Kapital und noch einmal Kapital, wenn die Planziele erreicht werden sollen. Gegenüber dem enormen Bedarf sind die Investitionshilfe-Millionen ein Tropfen auf den heißen Stein.

Gefährlich aber ist, daß das Ausland vergißt, zwischen Sollen, Wollen und Können zu unterscheiden; daß es Ansprüche auf unsere Stahl- und Kohleproduktion stellt, die unerfüllbar sind. Man sollte ihm schon heute sehr deutlich machen, daß diese Zahlen Ziele sind, daß man uns Freiheit und die Mittel geben muß, um sie zu erreichen. Auch im Interesse des Auslandes. (Ruhr-Nachrichten)

Deutsche Reparationsleistungen: 38,6 Milliarden Mark

Die deutschen Reparationsleistungen bis Ende 1950 erreichen rund 38,6 Milliarden DM. Dabei entfällt der höchste Anteil auf Leistungen der sowjetischen Besatzungszone mit rund 27 Milliarden. Diese Angaben werden in einer Untersuchung im „Bulletin“ der Bundesregierung gemacht. In diesen Zahlen sind die Werte für das geistige Eigentum, die Auslandswarenzeichen, Auslandspatente, industrielle Geheimverfahren und Forschungsergebnisse deutscher Firmen, die von den Alliierten beschlagnahmt wurden, nicht berücksichtigt. Ebenso sind die angemeldeten ausländischen Wertpapiere und Devisenbeträge, die von den Alliierten als deutsches Vermögen im Ausland für Reparationszwecke in Anspruch genommen werden, darin nicht enthalten.

(„Handelsblatt“, Düsseldorf)

Eine weltwirtschaftliche Analyse

Eine weitere günstige Entwicklung der westdeutschen Wirtschaft im Jahre 1952 wird von der „New York Times“ in einer umfassenden weltwirtschaftlichen Analyse vorausgesagt, die das Blatt als Sonderbeilage veröffentlichte. Handel und Industrie der Bundesrepublik, so schreibt das Blatt, hätten sich 1951 noch rascher entwickelt als 1950. Die westdeutschen Kohlenschätze, eine hohe Stahlerzeugung und die beste Ernte seit Kriegsende würden allen Anlaß zu der Annahme geben, daß die Bundesrepublik in diesem Jahr „eine neue Prosperität“ erleben werde. . . (Der Kurier)

Miteigentum der Arbeitnehmer

Für ein Miteigentum der Arbeitnehmer am Unternehmen sprach sich in Frankfurt vor Gästen der Pressestelle Hessischer Kammern und Verbände der CDU-Bundestagsabgeordnete Johannes Even aus. Der Bundestag sollte noch innerhalb der nächsten 1½ Jahre eine solche Wirtschaftsneuordnung in Angriff nehmen. Nach dem Naturrecht müsse das Miteigentum auch als Voraussetzung der Mitbestimmung der Arbeitnehmer betrachtet werden. Falls nach der Verabschiedung des Betriebsverfassungsgesetzes Betriebe der Groß- und Mittelindustrie sozialisiert würden, könnte es geschehen, daß in den Aufsichtsräten dieser Betriebe eine Zweidrittelmehrheit von Arbeitnehmern sich etabliere. Die Träger der öffentlichen Hand nämlich, die bei einer Sozialisierung mit dem Großteil des Betriebseigentums auch Sitz und Stimme im Aufsichtsrat erhielten, dürften in vielen Fällen Arbeitnehmervertreter sein. Arbeitnehmermehrheiten in den Aufsichtsräten aber würden das Ende der Verantwortung, Initiative und Freiheit der Unternehmer bedeuten. Even, der nach seinen eigenen Worten die Ansicht der christlichen Arbeiterschaft und der überwiegenden Mehrheit der CDU-Bundestagsfraktion vertritt, befürwortete, daß dem einzelnen Arbeitnehmer ein Anteil an den jährlich zu investierenden Betriebsüberschüssen zugeschrieben werde. Die Auszahlung von Gewinnanteilen an die Arbeitnehmer, wie sie bei der Duisburger Kupferhütte vorgenommen werde, sei hingegen abzulehnen, weil dann das Geld in den Konsum fließen und seine Eigentumsbildung verhindert würde.

(Fuldaer Zeitung)

Das Sozialgepäck wird schwerer

„Statistische Leckerbissen“, die ein Spiegelbild der Bevölkerungsbewegung in Bayern der letzten Jahrzehnte und ihre sozialpolitische Wirkung in Gegenwart und Zukunft darstellten, gab Oberregierungsrat Dr. Dr. Krieger vor dem Institut für Sozialpolitik und Arbeitsrecht: Heute gibt es in der Bevölkerung ebenso viele 30- wie 66jährige. Die Folgen sind noch nicht abzusehen. Die männliche Bevölkerung der Altersgruppe zwischen 18 und 30 Jahren hat sich gegenüber der Vorkriegszeit um 9% vermehrt, die Zahl der Studenten um 158%. Die gleichaltrige Frauenbevölkerung stieg um 38%, die Zahl der Studentinnen aber um 289%. Dem Facharbeitermangel der Zukunft steht also ein Akademikerproletariat gegenüber. Die Säuglingssterblichkeit betrug 1950 nur noch 25% des Standes von 1900. Allerdings liegt die durchschnittliche Säuglingssterblichkeit mit 6,2% der Geburten immer noch über dem Bundesdurchschnitt von 5,5%. Die Säuglingssterblichkeit beträgt in Skandinavien 2%, in den USA 2,9%. Nur Spanien, Italien und die Ostländer haben eine höhere Säuglingssterblichkeit als Westdeutschland.

(„Schwäbische Landeszeitung“, Augsburg.)

Spatzen und Politik

„Es ist wissenschaftlich festgestellt“, erklärte die „Berliner Zeitung“ (SED), „daß ein einziger Sperling im Jahr fünf bis neun Pfund Getreide frißt. Bei aller Zuneigung zu den Vögeln, das kann nicht so weitergehen. Die Deutsche Demokratische Republik hat daher eine polizeiliche Verordnung erlassen, pro Hektar zwei bis zehn Sperlinge abzuschießen.“ Der Westberliner „Kurier“ schrieb dazu: „Wenn also ein zerrupfter Spatz an Ihr Fenster klopft, lassen Sie ihn herein. Er ist politischer Flüchtling.“

Nichts ist mehr geeignet, einem Stande ein würdevolles und tiefsittlich Gepräge aufzudrücken als das Bewußtsein, daß er zum herrschenden Stande bestimmt, daß er berufen ist, das Prinzip seines Standes zum Prinzip des gesamten Zeitalters zu erheben, seine Idee zur leitenden Idee der ganzen Gesellschaft zu machen, um so diese wiederum zu einem Abbilde seines eigenen Gepräges zu gestalten.

Lassalle

Die soziale Sicherstellung der Frau

Senatspräsident Dr. Schieckel-München fordert in der Zeitschrift „Soziale Sicherheit“ (Bund-Verlag, Köln) die Neugestaltung des ehelichen Güterrechts als Voraussetzung für die soziale Sicherstellung der Frau. Er schreibt u. a.: „... Die soziale Lage der ‚nichtberufstätigen‘ Frauen in Deutschland ist außerordentlich schlecht. Die Forderung, auch die Hausfrau, die ein Leben lang schwere körperliche, produktive Arbeit für die Familie und damit für den Staat leistet, in die Sozialversicherung einzubeziehen, ist also berechtigt ... Es ist notwendig und zweckmäßig, die Hausfrau durch eine grundlegende Reform des ehelichen Güterrechts in den Besitz eines eigenen Einkommens zu bringen. Das wäre aber auch aus sonstigen Gründen erstrebenswert. Ich behaupte, daß die weitaus meisten Ehen nicht wegen Untreue der Ehegatten zerrüttet sind oder geschieden werden, sondern wegen des ständigen kalten Krieges. Er wird nicht nur geführt wegen des angeblich oder tatsächlich unzureichenden Wirtschaftsgeldes, sondern deshalb, weil die Frau um jedes Kleidungsstück, das sie benötigt, oft mit dem Manne regelrecht kämpfen muß. Das bedeutet ständige Demütigung der Frau, die allzuoft Liebe in Abneigung oder gar Haß gegen den Mann verwandelt. Da aber die Ehe als Grundlage des Familienlebens das Fundament des Staates bildet, handelt es sich hier nicht um eine private Angelegenheit der beteiligten Ehepartner, sondern um ein sozialpolitisches Problem ...

Es wird also notwendig sein, einen neuen gesetzlichen Güterstand zu schaffen, den ich den Güterstand des gemeinsamen Haushalts nennen möchte. Folgende Gesichtspunkte müßten etwa gelten:

1. Jeder Ehegatte hat kraft Gesetzes Anspruch auf die Hälfte des Einkommens des anderen Ehegatten.
 2. Jeder Ehegatte ist verpflichtet, an die gemeinsame Haushaltskasse mindestens die Hälfte seines Einkommens abzuführen.
 3. Kein Ehegatte hat gegen den anderen Ehegatten einen Unterhaltsanspruch.
 4. Die aus der Ehe hervorgegangenen Kinder haben Unterhaltsansprüche an beide Eltern, die als Gesamtschuldner haften. Der Unterhaltsanspruch ist in erster Linie aus der gemeinsamen Haushaltskasse zu befriedigen.
 5. Bei einseitiger Nichterfüllung der Pflicht zur Abführung des 50prozentigen Anteiles kann erforderlichenfalls Lohnpfändung bewirkt werden.
 6. Im Falle der Scheidung behält der nichtschuldige Ehegatte 50 v. H. seines bisherigen Anspruches (also 25 v. H. des Arbeitsverdienstes) gegenüber dem schuldigen Ehegatten.
- ... Die Schwierigkeiten sind zweifellos groß. Würden sie überwunden, wäre ein großer Fortschritt auf dem Wege zur Unabhängigkeit auch der Ehefrau gemacht. Ihr würde in der Familie die Stellung gesichert, die ihr nach ihren Aufgaben und Leistungen zukommt.“

Um 18 Uhr: Ehekrach!

Man möchte nicht glauben, für was alles sich die Wissenschaft interessiert. Sogar den „Ehekrach“ haben die Psychologen schon unter die Lupe genommen und festgestellt, daß die häufigsten Zerwürfnisse in der Ehe um die sechste Abendstunde einsetzen.

Es gibt zwei „Krachkurven“ am Tag, je nach der Veranlagung. Die einen Menschen sind des Morgens am besten gelaunt. Das sind die Frühaufsteher, für die Morgenstund wirklich Gold im Mund hat; was besagen will, daß sie da nur gute und vernünftige Dinge reden. Erst am späten Nachmittag läßt ihre Spannkraft nach, sie ermüden und sind dann launisch und reizbar. Eine Kleinigkeit kann sie „aus dem Häuschen bringen“.

Die Spätaufsteher hingegen sind in aller Frühe gereizt. Sie nehmen es uns persönlich übel, daß sie überhaupt aufstehen müssen, und sei es noch so spät. Ihre Frauen tun gut, ihnen des Morgens (oder vormittags) alle Unannehmlichkeiten aus dem Weg zu räumen, sonst ist ein Ehekrach unvermeidlich. Man braucht sie nur anzusehen, mit welch mürrischem Gesicht sie morgens herumtoben. Sie brauchen lange, bis sie „anlaufen“, aber dann arbeiten sie gern bis zum Abend durch. Um die sechste Abendstunde spüren auch sie eine

kleine Erschöpfung. Erst gegen 21 und 22 Uhr, wenn sich die Frühaufsteher schon schlafen legen, werden sie aufgeräumt und tatendurstig. Sie haben dann nicht nur ihre besten Schaffensstunden, sondern sind auch umgänglich.

Diese Beobachtung kann jeder machen, der nach 17 Uhr durch die Straßen geht. Nicht nur, daß die Menschen schnell und gedankenvoll nach Hause hasten, daß die Verkehrsmittel überfüllt sind, auch die Luft ist spannungsgeladen. Die Autos fahren rücksichtsloser, und in den Straßenbahnen gibt es nie mehr Krach als in den frühen Abendstunden. Die Menschen sind gereizt und — die meisten Unfälle passieren um diese Zeit.

Kein Wunder nach einem anstrengenden Arbeitstag, nach dem vielen Ärger und den Tagessorgen. Irgendwie muß sich das Angestaute entladen. Ehefrauen, die ja abends auch totmüde und erschöpft sind, sollten ihre Ehemänner, die nach Hause kommen, mit aller Rücksicht behandeln und ihnen zunächst Ruhe gönnen oder sie angenehm ablenken, damit ihre Nervosität abklingt. Wer nach des Tages Mühen seinen Mann mit Geldsorgen und Klagen über die Kinder empfängt, darf sich nicht wundern, wenn ein Ehekrach heraufzieht. Unheilschwangere Luft darf man nicht noch elektrisch (nervös) aufladen. Ganz anders ist es, wenn die Tagessorgen vergessen und der Ärger abgeklungen ist. Nach einem Stündchen Ruhe, einem gemeinsamen Mahl und in einer gemütlichen warmen Ecke ist auch der nervengepeitschte Mann aufgeschlossen und — friedlich.

Wir müssen uns also aufeinander einstellen und gegenseitig beobachten. Wer übermüdet, sorgenvoll und darum gereizt ist, sollte wie ein Kranker behandelt werden, dessen nervöser „Fieberzustand“ erst überwunden werden muß. Das sollten die Männer auch bei ihren Frauen bedenken, die heutzutage nicht weniger mit Arbeit und Sorgen überladen sind als sie. Wenn wir uns auf die „Reizkurve“ des anderen besser einstellen, wird mancher Ehekrach überflüssig — meinen die Psychologen.

„Frühehen taugen nichts“

Auf einer Jugendpflegerkonferenz wurde mitgeteilt, daß von 1383 amtlich überprüften Frühehen nur 241 harmonisch waren. Alle anderen taugten nichts. „Manchmal haben Jugendpfleger den Eindruck, daß sich junge Leute für die Ehe entscheiden wie für den Beitritt zu einem Verein“, heißt es in einem amtlichen Bericht.

Hausarbeit verlängert das Leben

Die bekannte Tatsache, daß Frauen im Durchschnitt ein höheres Lebensalter erreichen als Männer, führt ein englischer Spezialist auf die Hausarbeit der Frauen zurück. Die Beschäftigung, auch der älteren Frauen, im Haushalt wirke anregend und sei gesundheitsfördernd, während die teilweise Untätigkeit der Männer im Ruhestand deren Lebenskräfte verkümmern lasse. Die Männer müßten jetzt also sozusagen aus Gesundheitsrücksichten Geschirr abtrocknen und Kohlen aus dem Keller holen. Und es wird nicht mehr lange dauern, dann steht auf dem Rezeptschein anstatt einer kostspieligen Medizin einfach nur „Hausarbeit“. Bis dahin müßten die Frauen allerdings etwas Neues zur Verlängerung ihres Lebens gefunden haben.

Aus Gerichtsurteilen

Auch in Amerika stehen Frauen als Klägerinnen oder Beklagte vor dem Kadi. Und die Scheidungsurteile sollen dort besonders — hm! — delikat sein. Hier einige Stilblüten:

Ein Ehemann hat nicht das Recht, gegen seine Frau Klage zu erheben, wenn es sich zeigt, daß sie älter ist, als sie vor der Eheschließung angab. (Washington)

Eine Frau, der im Verlaufe eines Ringkampfes eine Whiskyflasche an den Kopf geworfen wird, hat keinen Schadenersatzanspruch; sie hätte wissen müssen, daß ein Ringkampf kein Five o'clock tea ist. (Virginia)

Eine Frau muß mit ihrem Manne zusammen wohnen, wo er wünscht, vorausgesetzt, es ist nicht bei ihrer Schwiegermutter. (Manila)

Ein Mann, der aus dem Fenster springt, wenn der Ehemann nach Hause kommt, hat Anspruch auf Aushändigung seiner Kleidung. (New Jersey)

Frauen müssen vor Gericht mit gemessener Mäßigung weinen. (New York)



UNSER

BRIEFKASTEN

W. K. Sinteranlage:

Mit dem Abdruck der Lohnsteuertabelle im Mitteilungsblatt Nr. 8 haben Sie allen Belegschaftsmitgliedern einen großen Dienst erwiesen. Vielen Dank! Im Mitteilungsblatt Nr. 7 führten Sie die Invaliden- und Angestelltenversicherungsbeiträge auf. Damit ist aber nichts anzufangen, wenn nicht hinter den einzelnen Klassen das entsprechende Einkommen steht. Sollte der eine oder andere eine Höhrversicherung eingehen wollen, so muß er auch zunächst mal wissen, in welcher Klasse er augenblicklich ist. Außerdem interessiert allgemein, weshalb es keine Belege über gezahlte Versicherungsbeiträge mehr gibt.

Die Betriebskrankenkasse sagt dazu: Sie sind im Irrtum, wenn Sie glauben, daß über bezahlte Versicherungsbeiträge zur Rentenversicherung keine Belege mehr ausgestellt werden. Die Invalidenkarten werden alle 3 Jahre umgetauscht, und der Versicherte erhält dann über die umgetauschte Versicherungskarte eine Bescheinigung. Wie wir an dieser Stelle schon berichteten, hat uns der Umtausch der Karten aus der Kriegs- und der ersten Nachkriegszeit erhebliche Schwierigkeiten gemacht, so daß wir erst jetzt dahin kommen, daß alle Karten umgetauscht werden. Was die Anfrage nach Beiträgen angeht, so werden für Pflichtversicherte keine Marken mehr verwandt, sondern der Beitrag wird in Höhe des Einkommens entsprechend zusammen mit dem Krankenkassenbeitrag und dem Beitrag zur Arbeitslosenversicherung eingezogen. Der Arbeitnehmeranteil beträgt bis zu einem Lohn von 600 DM im Monat für die Invalidenversicherung 5 Prozent, für die Arbeitslosenversicherung 2 Prozent, für die Krankenkasse 3 Prozent. Diese führt also den größten Teil der eingezogenen Beiträge an die anderen Versicherungsträger ab. Bei der Höhrversicherung kommt es nicht auf das Einkommen an, sondern es ist jedem Versicherten freigestellt, in welcher Höhe er Marken verwenden will.

F. K., Walzwerk:

Meine Frau hat voreheliche Schulden. Muß ich dafür aufkommen?

Der Ehemann ist für voreheliche Schulden nicht haftbar. Die Gläubiger können also nicht den Ehemann verklagen, sie müssen diesen Gefallen schon der Ehefrau selbst erweisen, was sich dann rentiert, wenn die Frau mit ihrem eingebrachten Gut oder mit eigenem Einkommen oder eigenem Vermögen zu greifen ist. Aber — moralisch gesehen —: die Ehefrau sollte ihrem Mann nicht nur guten Kaffee, sondern auch rechtzeitig, d. h. vor der Ehe, reinen Wein einschenken, auch wenn es sich „nur“ um Schulden handelt.

J. H., Verwaltung:

In Bremen fand ich den schönen Spruch: „Wird einer früh vom Tod betroffen, dann heißt es: er hat sich totesgelesen — stirbt einer von den braven Alten, dann heißt es: den hat der Sufi erhalten!“

Ja, mein Lieber: deshalb ja hat ein Sprichwort immer recht, weil es für alle beiden Seiten im menschlichen Leben ein passendes Sprichwort gibt. Im übrigen: wer etwas nicht vertragen kann, soll es meiden — auch den Alkohol.

Maria K., Verwaltung:

Es ist richtig: die Mode geht seltsame Wege, aber sie hat oft auch seltsame Ursachen. So haben zahlreiche Moden ihren Ursprung in körperlichen Fehlern „hochgestellter Persönlichkeiten“. Die Töchter Ludwigs IX. von Frankreich hatten enorm große Füße und erfanden das Schleppkleid, um sie zu verdecken. Die Gattin Philipps III. von Spanien hatte einen ungeheuer langen Hals („um einen Storch zu beschämen“, schreiben respektlose Zeitgenossen) und erfand die aufsteigenden, gestärkten Halskrausen; Henri Plantagenet erfand die Schnabelschuhe, um einen Auswuchs am Fuß zu verdecken; die „belle Ferronnière“, die Geliebte Franz' I. von Frankreich, hatte mitten auf der Stirn eine Narbe und erfand, um diese zu verbergen, die Mode, ein an einem Faden oder Band hängendes Kleinod mitten auf der Stirn zu tragen; eine spanische Prinzessin erfand den Reifrock, um eine zu hohe Hüfte darunter zu verbergen; Ludwig XIV. bediente sich der großen Allongeperücke, um ein paar geschwulstartige Auswüchse am Kopf damit zu verhüllen; Josephine, die Gemahlin Napoleons I., erfand die Mode, immer ein Taschentuch an den Mund zu halten, da sie sehr schlechte Zähne hatte, und die Gemahlin König Humberts von Italien trug mit Vorliebe ein Kolloid aus mehreren Reihen Perlen um den Hals, um einen Ansatz von Kropf zu verheimlichen. — So, das ist auch ein Stück „Geschichte der Mode“, und im übrigen appelliere ich an Ihre — Phantasie.

S. Z., Hochofen:

Kann aus der Blutgruppenbestimmung die Vaterschaft hergeleitet werden?

Durchweg beschränkt sich die Feststellung darauf: dieser „Vater“ kann der Vater nicht sein. Denn eines ist sicher: wenn die Mutter der Blutgruppe 0 angehört, das Kind der Gruppe A zuzuteilen ist und der Mann wiederum Blutgruppe 0 besitzt, kann der Mann nicht der Vater sein! Dieser Befund wird von unseren Gerichtsbehörden restlos anerkannt, worauf die — eigentlich am besten orientierte — Mutter wieder einen anderen Vater zu suchen hat! Bei der Bestimmung der Faktoren wäre zu berücksichtigen, daß das Kind von Mutter und Vater je 50 Prozent (macht so viel ich mich erinnere, genau die Hälfte) erhält. Eine Mutter mit gemischtem Faktor MN und einem Kind mit NN kann unmöglich einen Mann mit MM der Vaterschaft bezichtigen. Wenn sie es dennoch tut, dann ohne Erfolg! — Wieviel einfacher ist das, wenn Blutgruppen und Faktoren auch mit der Liebe und dem Familienbüchlein übereinstimmen!

Auf Grund der klaren Ergebnisse von hunderttausenden Vaterschaftsbestimmungen, die unter den Begriff „Erbforschung“ fallen, bestehen Zweifel an der Brauchbarkeit der Methode nicht mehr.

Da es sich um eine biologische Methode handelt, muß jedoch theoretisch damit gerechnet werden, daß gelegentlich Unstimmigkeiten auftreten können. So ist bisher bei den bekannten Blutgruppen des A-, B-, O-Systems ein Ausnahmefall bekannt (unter vielen hunderttausend Untersuchungen). Auch in den anderen Blutgruppensystemen, etwa in dem MN-System, kommen Ausnahmen vor, die an Zahl ebenfalls verschwindend gering sind. Die Fehlerquellen bestehen darin, daß die Eigenschaft N (eine bestimmte, nachweisbare Eigenschaft des Blutes) gelegentlich nur schwach ausgeprägt ist und sich dem Nachweis entziehen kann.

Wir müssen daher mit der Möglichkeit rechnen, daß als extrem seltener Ausnahmefall auch einmal ein Mann zu Unrecht von der Vaterschaft ausgeschlossen wird. Eine derartige Annahme hat jedoch nur dann eine Berechtigung, wenn alle anderen Beweismittel auf seine Vaterschaft hinweisen. Außer den rein juristischen Beweismitteln, wie Zeugenaussagen, gehört dazu auch der „antropologische Einheitsvergleich“, durch den in günstig gelagerten Fällen die Vaterschaft eines Mannes mit Sicherheit nachgewiesen werden kann.

Die erbbiologische Untersuchung ist also nur dann zu empfehlen, wenn Unstimmigkeiten bestehen. Wie gesagt, handelt es sich nur um ganz seltene Ausnahmefälle. Im allgemeinen reicht die Blutuntersuchung auch bei den verschärften Anforderungen, die das Strafverfahren an die Beweismittel stellt, zusammen mit Zeugenaussagen aus, um dem Richter als Grundlage für das Urteil zu dienen. Diese Auffassung wird von allen Erbforschern geteilt und auch von dem Obersten Gericht vertreten.

in Angriff genommen worden, die Arbeiten mußten jedoch während des Krieges eingestellt werden.

Nach dem Krieg wurden in erster Linie diese Arbeiten wiederaufgenommen, so daß die Stufen Randersacker im Jahre 1950 und Limbach im Jahre 1951 bereits dem Verkehr übergeben werden konnten und die Stufen Goßmannsdorf und Wipfeld unmittelbar vor der Vollendung stehen. Weiter wurden die Stufen Würzburg, Marktbreit, Garstadt und

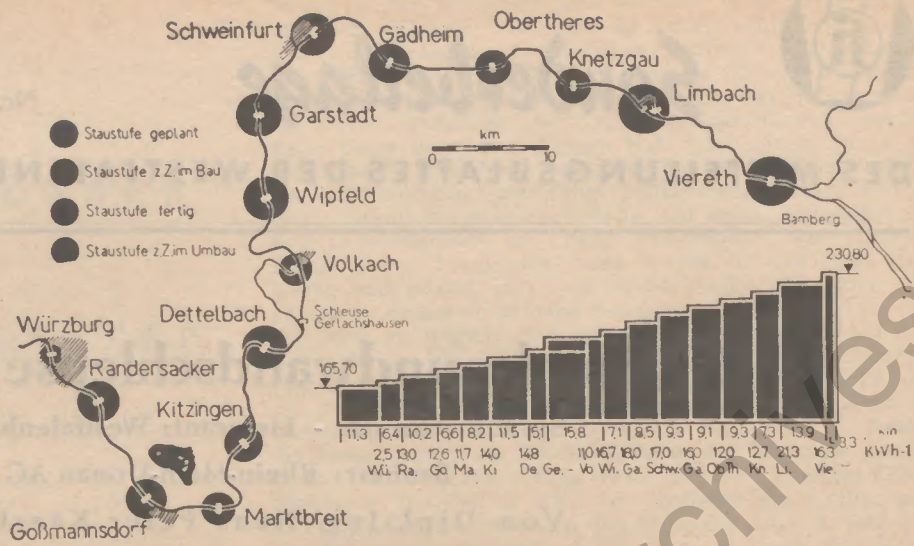


Bild 2

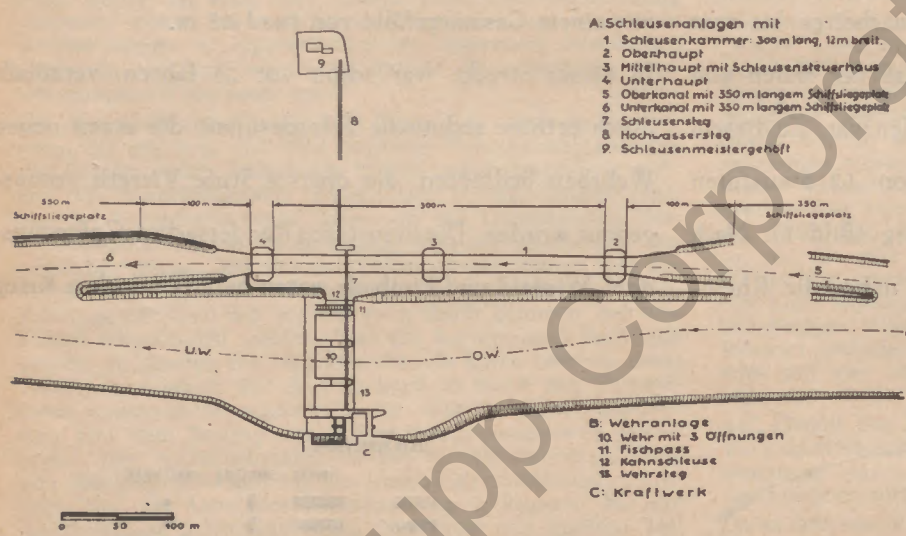


Bild 3

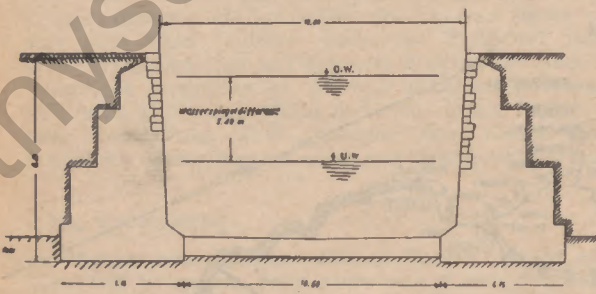
der Umgehungs kanal Gerlachshausen - Volkach in Arbeit genommen. Somit bleiben in der Ausbaustrecke Würzburg - Bamberg 6 Stufen übrig, an denen der Bau noch nicht begonnen werden konnte.

Jede Staustufe, deren grundsätzliche Anordnung in Grundriß und Querschnitt in den Bildern 3 und 4 dargestellt ist, besteht aus Schleuse, Wehr und Kraftwerk.

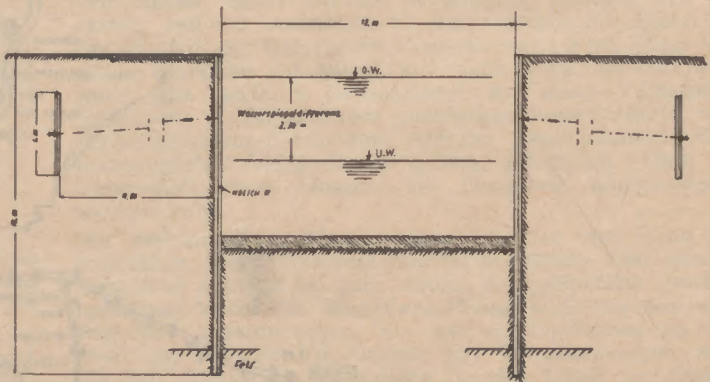
In Begrenzung des Themas soll hier weiterhin nur von der Schleuse die

QUERSCHNITT EINER GROSSCHIFFFAHRTSSCHLEUSE

Bild 6



a Ausführung mit Schwergewichtsmauern



b. Ausführung mit Stahlpundwänden

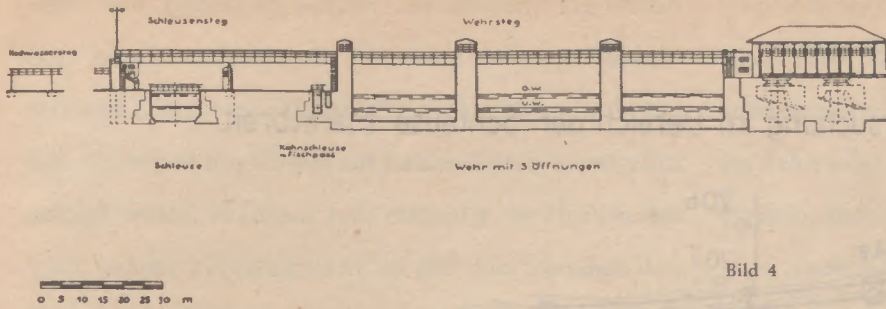


Bild 4

allerdings jedesmal die Voraussetzung eines geeigneten Untergrundes gegeben war. Eine erste Ausnahme bezüglich der Ausführungsart wurde nun in Marktbreit gemacht, wovon im folgenden die Rede sein soll.

Zunächst bestand beim Bauherrn die Absicht, auch die Schleuse Marktbreit

Rede sein. Die Schleuse dient der Schifffahrt zur Überwindung des Höhenunterschiedes, der durch den Wehreinbau im Fluß zwischen Unterwasser und Oberwasser entsteht. Im Bereich der Großschiffahrtsstraße Rhein-Main-Donau beträgt die Länge einer Schleuse zwischen den Häuptern, entsprechend den Notwendigkeiten der Schifffahrt, 300 m und die lichte Weite 12 m, während die Höhe von der jeweiligen Stauhöhe abhängig ist. Die Schleuse besitzt 3 Häupter, 1 Ober-, 1 Mittel- und 1 Unterhaupt. Diese sind gewöhnlich mit Stemmtoren versehen. Die grundsätzliche Ausbildung der Häupter zeigt das Bild 5. Sämtliche bisher im Bereich der Großschiffahrtsstraße von der Rhein-Main-Donau AG errichteten Schleusen wurden in Betonbauweise mit Schwergewichtsmauern ausgeführt, wobei

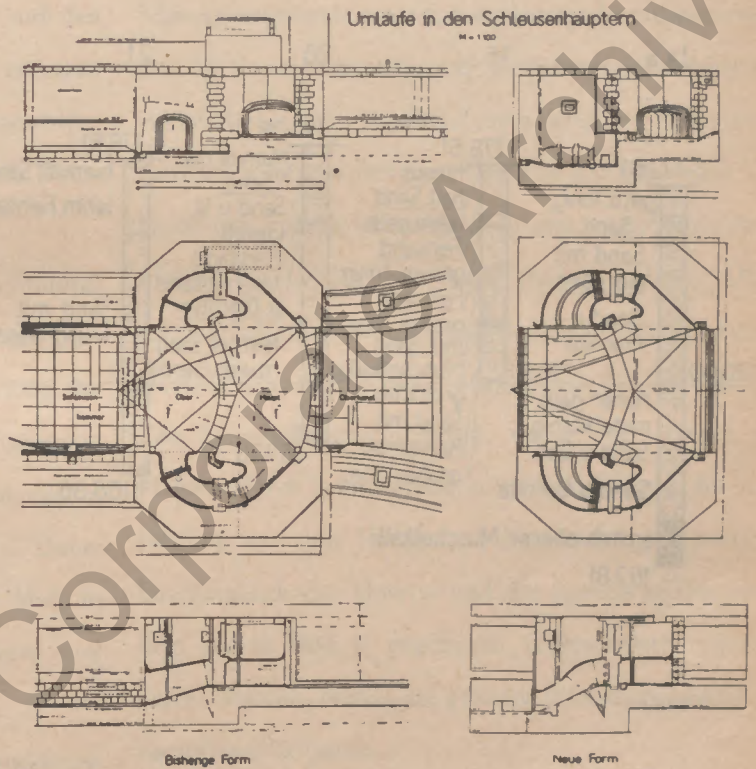


Bild 5

Bild 7: Staustufe Marktbreit. Blick von der Stelle des künftigen Unterhauptes gegen den Oberkanal



Untergrunduntersuchung im Bereich der Schleuse Marktbreit

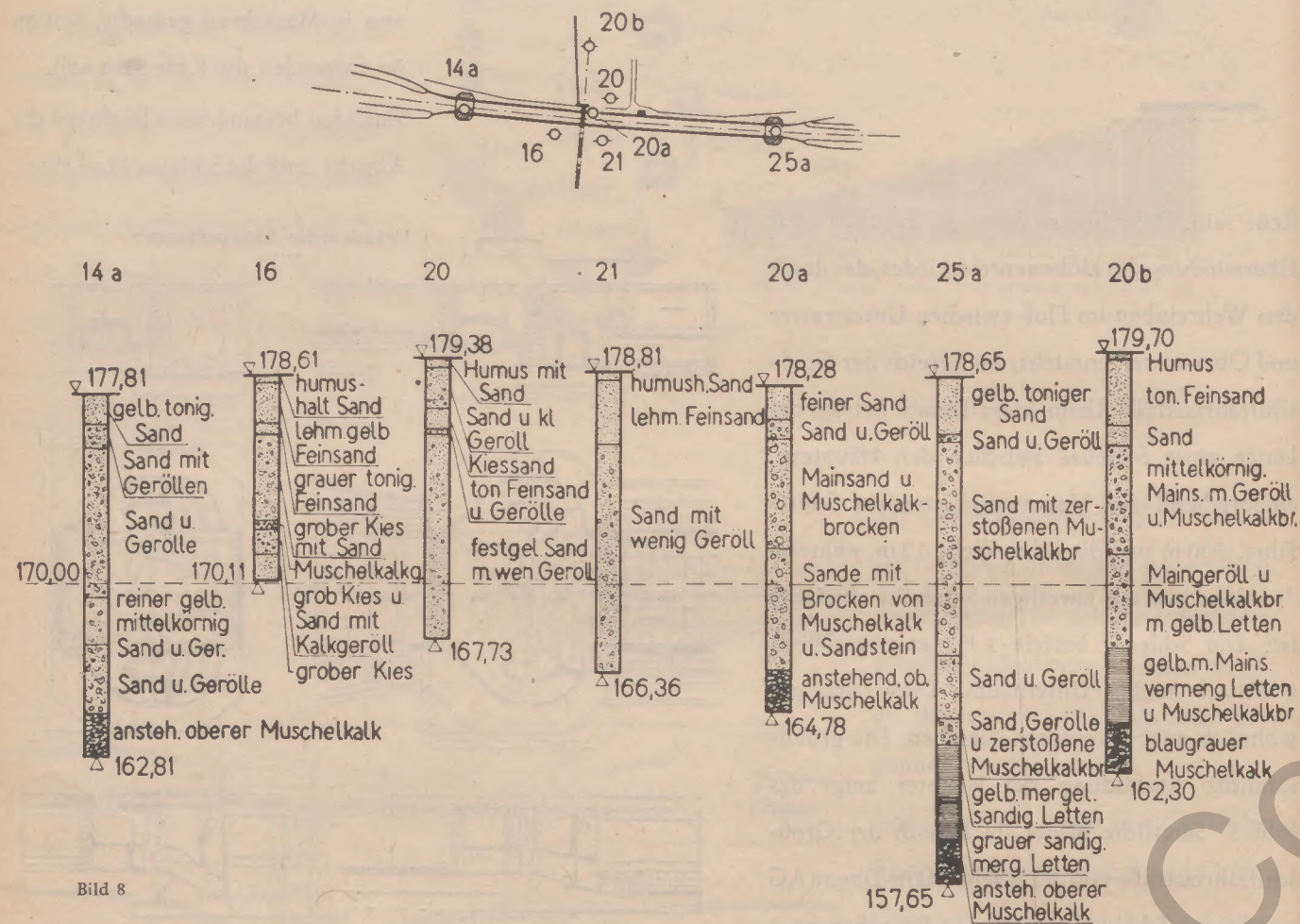


Bild 8

Bild 9: Gesamtansicht des Maintales bei Marktbreit

nach dem bisherigen System auszubilden. Marktbreit liegt im Maintal oberhalb Würzburg zwischen Ochsenfurt und Kitzingen (Bild 9). Die Höhenzüge, die bisher dem Unterlauf des Flusses auf beiden Seiten unmittelbar gefolgt waren, beginnen hier erstmalig im Nordwesten etwas weiter zurückzutreten, so daß hier zwischen dem Fluß und der Schleuse eine Vorebene zu den Höhenzügen liegt. In dieser Ebene liegt auch die Schleuse unmittelbar am Nordwestufer des Flusses. Während bisher auf den Baustellen der Rhein-Main-Donau AG schon in geringen Tiefen Fels (oberhalb Würzburg Muschelkalk) angetroffen wurde, ist in der Gegend von Marktbreit eine große Überdeckung des Felsens mit Geschiebe vorhanden.

Derartig mächtige Überdeckungen sind sonst im Maintal noch nirgends angetroffen worden. Nach einem geologischen Gutachten ist die wahrscheinlichste Deutung für diese mächtige Überdeckung eine wellenartige Einsenkung im Gefolge von Auslaugung der Salze und Gipse des im Untergrund liegenden mittleren Muschelkalks. Dabei dürfte die absinkende Scholle in dem gleichen Maß, in dem die Absenkung vor sich ging, mit Schottern und Sanden des Maintales aufgefüllt worden sein.

Als im Frühjahr 1950 die Bauarbeiten aufgenommen wurden, hatte die bauausführende Arbeitsgemeinschaft Polensky & Zöllner - Karl Stöhr den Auftrag erhalten,

vorerst lediglich Aushubarbeiten durchzuführen und aus einem Teil des gewonnenen Materials Zuschlagstoffe aufzubereiten. Gleichzeitig wurden in den Monaten Juli bis September eingehende Bohrungen durchgeführt, die ergaben, daß Fels erst in relativ großen Tiefen bis zu 17 m unter Gelände angetroffen wurde (siehe Bild 8) und daß der angetroffene Fels keine besonders guten Eigenschaften hatte. Somit traten für die Gründung von Schwergewichtsmauern sehr ungünstige Voraussetzungen ein, die darin bestanden, daß die Schwergewichtsmauern auf bindigem bzw. ungebundenem Baugrund zu errichten gewesen wären, wobei man vom Fuß der Mauer zur Verhinderung von Unterläufigkeiten eine tiefe Spundwand-schürze bis in den Fels hätte treiben müssen. Dabei wären erhebliche Wasserhaltungskosten in Kauf zu nehmen. Da eine derartige Ausführung bereits die Verwendung von Spundwänden einbezog, wurde der Ersatz der Mauern durch Spundwände unter Beibehaltung der Ausführung der drei Häupter in Betonbauweise erwogen. Ein Vergleich der Massiv- und der Spundwandbauweise, dem die in Bild 6 gegebenen Querschnitte zugrunde gelegt wurden, erwies die größere Wirtschaftlichkeit der Spundwandbauweise.

In Anberracht dieses theoretischen Ergebnisses wurden im Dezember 1950 mit den Profilen III und IV entlang

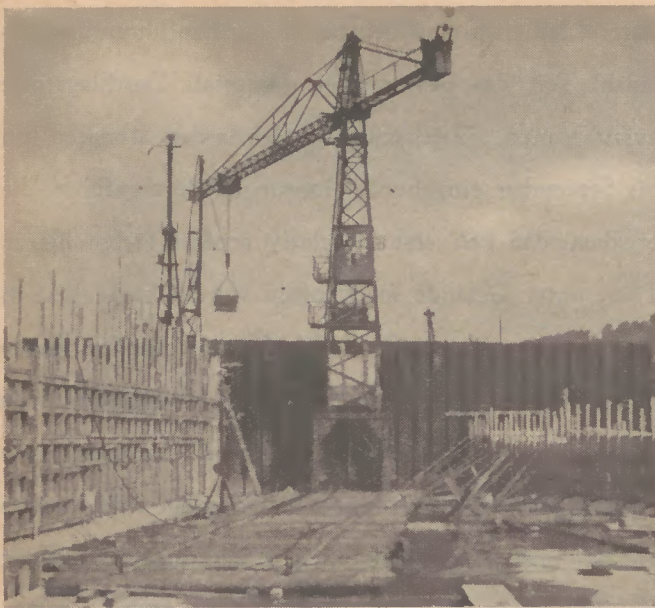


Bild 10:

Umspundung des Unterhauptes vom Unterkanal aus

Karl Stöhr endgültig den Auftrag, die Schleuse als Spundwandschleuse auszuführen, der Westfalenhütte fiel die Lieferung der gesamten Spundwände für die große Kammer zu. Insgesamt wurden benötigt:

für Unterhauptumspundung	Hoesch Profil III	129 t
für Wände der großen Kammer	„ „ IV	942 t
für die Verankerung der großen Kammer	„ „ I	108 t
gesamter Bedarf an Spundwänden für große Kammer		<u>1179 t</u>

der Baugrube in Abständen von 50 m Proberammungen mit einem schweren Schnellschlaghammer durchgeführt. Die Ergebnisse der Proberammungen waren befriedigend, vorweg sei jedoch bemerkt, daß diese Proberammungen ungünstiger verliefen als die spätere Ausführung der Rammarbeiten.

Zwischenzeitlich wurde die Planung auf den Ausbau mit Spundwänden umgestellt, als Profil wurde das Profil Hoesch IV in Längen von 15 bis 18 m für die Kammerwände gewählt.

Im Januar kamen 129 t Hoesch III Spezialstahl für die teilweise Umspundung des Unterhauptes zur Anlieferung, und im Februar 1951 wurden die ersten Bohlen mit einem Dampf-rammbären von 2 t Fallgewicht gerammt. Zu dieser Zeit betrug die Wasserhaltung, für die 3 Pumpenschächte angelegt worden waren, je Monat rund 1 000 000 cbm. Das bedeutet eine Wasserhaltung, die so groß ist, daß täglich ein Becken von 300 m Länge, 12 m Breite und 6 m Tiefe 1½ mal ausgepumpt werden muß.

Im Monat März erhielt die Arbeitsgemeinschaft Polensky & Zöllner -

An Konstruktionseisen wurden für diese Wände 122 t benötigt.

Im weiteren Verlauf der Bauarbeiten (Bild 7 und 10) wurde die Umspundung des Unterhauptes im Mai 1951 fertiggestellt. Das Rammen wurde mit einem Dampfschnellschlaghammer Menk & Hambrock SB 27, Bärgewicht 3,6 t, durchgeführt; die Arbeiten gingen mit Ausnahme einer Doppelbohle, die die letzten 1,80 m

Bild 11:

Unterhauptumspundung und anschließende flußseitige Kammerwand



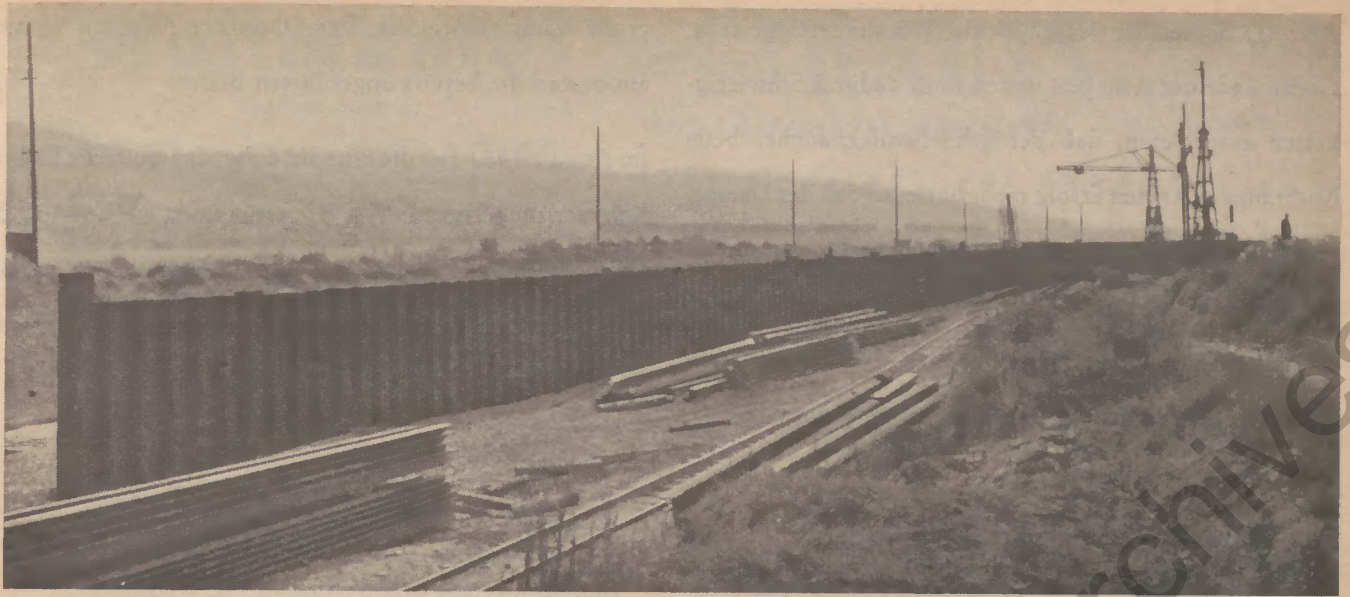


Bild 12: Flußseitige Kammerwand

nicht mehr niedergebracht werden konnte, reibunglos vor sich. Als letzte Eindringtiefe wurde je Hitze (= 20 Schläge) 1 — 10 mm festgestellt.

Im Juni 1950 wurden mittels Schiffstransport bis zur Baustelle 397 t Profil Hoesch IV in Längen von 14,50 bis 15,25 m angeliefert, im Juli folgten weitere 266 t. Damit konnte mit dem Rammen der flußseitigen Wand der großen Kammer vom Unterhaupt aus begonnen werden (Bild 11); die Wochenleistung betrug je Ramme

rd. 20 lfd. m Kammerwand. Am 16. August war die flußseitige Wand fertiggestellt (Bild 12 und 13), nach Umsetzen der Rammen konnte am 23. August mit dem Rammen der landseitigen Wand begonnen werden (Bild 14).

Mit dem Fortschreiten der Rammarbeiten verringerte sich die Wasserhaltung wesentlich, weil der Unterkanal durch das Unterhaupt von der übrigen Baugrube abgetrennt und nach Fertigstellung geflutet worden war.

Bild 13: Innenseite der flußseitigen Spundwand zum Unterhaupt gesehen



Am 21. September waren beide Wände fertiggestellt. Gegen Ende der Arbeiten waren noch dadurch Schwierigkeiten aufgetreten, daß der Schnellschlaghammer beim Nachrammen keinen Erfolg mehr hatte, so daß der Dampf-rammbär auch das Nachrammen übernehmen mußte. Außerdem wurde im gleichen Monat mit dem Rammen der flußseitigen Ankerwand begonnen, die Betonarbeiten im Unterkanal wurden abgeschlossen. Nachdem im

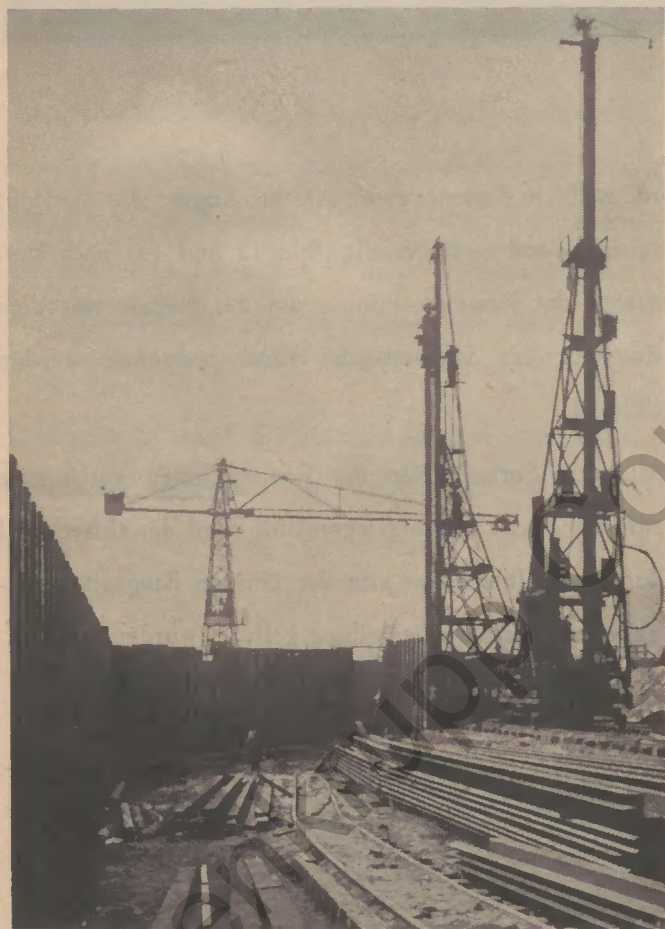


Bild 14

Beginn der Rammung der landseitigen Wand

Oktober nochmals 110 t Bohlen angeliefert wurden, konnten beide Ankerwände fertiggestellt werden. Nach Einbau der Gurtungen begann das Anbringen der Anker, das im Laufe des Novembers für die große Kammer beendet wurde. Somit war Ende 1951 der 1. Bauabschnitt, die Lieferung der Bohlen und die Rammarbeiten, für die

große Kammer beendet. Den Stand der Arbeiten zeigen am besten die bereits angeführten Bilder.

Im August 1951 fiel die Entscheidung, daß auch die kleine Kammer umgehend in Angriff genommen werden sollte. Die notwendigen Aufträge für die Lieferung der Spundwände wurden in folgenden Abmessungen und Mengen an die Westfalenhütte erteilt:

für Mittel- und Haupt- umspundung	Hoesch Profil III	519 t
für Abriegelungswand vom Oberhaupt zur Landseite	„ „ III	88 t
für Wände der kleinen Kammer	„ „ IV	698 t
für die Ankerwand der kleinen Kammer flußseitig	„ „ II	45 t
für die Ankerwand der kleinen Kammer landseitig	„ „ I	<u>36 t</u>
gesamter Bedarf an Spundwänden für kleine Kammer		<u>1386 t</u>

An Konstruktionseisen werden noch 100-120 t benötigt. Damit steht zu erwarten, daß im Jahr 1952 die Arbeiten reibungslos weiterlaufen und die Gesamtarbeiten für die Schleuse Marktbreit bis zum Herbst 1952 beendet werden können. Hiermit ist dann wieder ein wichtiges Glied in den Bau der Großschiffahrtsstraße Rhein-Main-Donau eingefügt.



Wollmäntel

Berliner Schmiß

Garantie für Sitz - Paßform - Qualität

Mitnahme bei 1/2 Anzahlung

STRAUSS
ein Qualitätsbegriff

Spezialgeschäft für Damenmäntel

DORTMUND

Brückstraße 35
(neben Odeon)

Wir liefern:

für die Oberflächenbehandlung
Entrostungs-, Passivierungs- und Neutralisationsmittel
Korrosions- und Rostschutzmittel / Beizzusätze für Salz- und
Schwefelsäurebäder / Dickpaste zum Abdecken von Glas
usw. beim Lackieren und andere Spezial-Produkte für die
Oberflächentechnik. Fachmännische Beratung.

Decol-Abbeizpaste zum Entfernen alter Farb- und Lack-
anstriche. (Herstellerfirma: Dr. Schmidt von Bandel GmbH.,
Münster i. W.)

Handwaschpaste Reinit, bestes und angenehmstes Hände-
reinigungsmittel.

Unkrautvertilger D. 22
säubert radikal Gleisanlagen, Plätze, Wege usw. von
jeglichem Pflanzenwuchs.

Lieferant in **Schwerchemikalien** und sämtlichen Säuren.

Carl Dicke & Cie., chem. Fabrik, Wuppertal-Barmen

Telegramm-Adresse: Eisenvitriol — Gegründet 1893
Telefon Sammel-Nr. 51291

Läger: Wuppertal-Ba., Odenkirchen/Rhld., Bocholt i. Westf.,
Hiltrup i. Westf. und Osnabrück

Schlaraffia-Matratzen

Stepp- u. Wolldecken · Inlett u. Bettfedern

Bett- u. Hauswäsche

Das große Bettenfachgeschäft

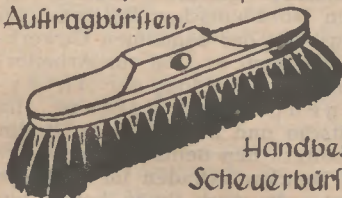
Betten-Doepel

Ostenhellweg 41

Täglich Bettfedern-Reinigung

UNSERE SOZIAL-WERKSTÄTTEN fertigen

Roßhaar-, Kokos- und Piassava-
besen, Klobetbürsten, Wischer,
Schrubber, Kleider-, Schuh- und
Aufragbürsten.



Handbesen,
Scheuerbürsten,
Nagelbürsten.

Wir übernehmen auch das Auf-
arbeiten von Bohnerpfeifen und
von Staubsauger-
bürsten.



Körbe jeder Art, Form und Größe,
(Wäsche-, Kartoffel-, Hunde- und
Taubenkörbe).
Es wird nur einwandfreies Mate-
rial verwendet.



Fußmatten werden für jeden Zweck
nach Ihren Angaben angefertigt.

Sportschuhe aus
Leder und
Segelleinen
für Rad-
fahrer,
Leicht-
athletik und für den Hausge-
brauch.



Aber auch Hausschuhe
und Dachschuhe
werden in unse-
rer Schuh-
macherwerk-
statt von



Fachleuten
angefertigt.

**SÄMTLICHE SCHUHREPARATUREN WERDEN KURZ-
FRISTIG UND SAUBER AUSGEFÜHRT !**

-Mn-

Ledermäntel

nur
von

STRAUSS

Garantie für Sitz - Paßform - Qualität

Mitnahme bei 1/2 Anzahlung

DORTMUND

Brückstraße 55, Ecke Burgtor

● Westfalens einziges Spezialgeschäft ●

Aus der Geschichte der Gewerkschaften

Die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung ist als ein 100jähriger Kampf gegen einseitige wirtschaftliche Macht anzusehen. Der Verlauf der Entwicklung der modernen Arbeiterbewegung ist gekennzeichnet durch ein stetes, zähes Ringen um die Anerkennung der menschlichen Werte, um Gerechtigkeit und um Gleichberechtigung. Stellen wir uns die Lage der arbeitenden Menschen um die Mitte des 19. Jahrhunderts einmal vor:

Tägliche Arbeitszeiten von 14 bis 16 Stunden; es gab keinen Arbeitsschutz; Versicherungen waren unbekannt; niedrige Löhne erforderten die Mitarbeit von Frau und Kindern; menschenunwürdige Wohnverhältnisse und unzureichende Ernährung waren charakteristisch; Schulbildung und kulturelle Werte gab es nur für die begüterten Schichten; politisch gesehen, besaß der Arbeiter kaum irgendwelche Rechte. Die Arbeiterschaft war aus diesen Tatsachen heraus unselbstständig, ohne Gemeinschaftsgefühl, ohne Selbstbewußtsein.

Infolge der totalen Unterdrückung und Vernichtung des gewerkschaftlichen Schrifttums während der Nazizeit wissen Millionen Gewerkschafter und vor allen Dingen die heutige Generation fast nichts von der Entstehung und dem Werden der Gewerkschaften.

Wir werden kaum in den uns überlieferten historischen Aufzeichnungen irgendwelche Anhaltspunkte für eine Erklärung oder sogar Zusammenfassung der Arbeiter finden. Wenn auch alte Überlieferungen zu berichten wissen, daß bereits zur Zeit der Pharaonen Kollektivverträge oder, besser gesagt, Tarifverträge abgeschlossen worden sind, die einen gemeinsamen Lohn garantieren sollten, so fehlen dafür überzeugende Beweise. Nach Christi Geburt galt, wie aus dem Römischen Recht ersichtlich, die menschliche Arbeitskraft als eine Ware. Man lebte im Zeitalter der Sklaven, alle Angelegenheiten wurden im Sachenrecht bzw. durch Kaufverträge geregelt.

Hieraus ist erklärlich, daß die erste geschichtlich nachgewiesene Koalition der Gürtlergesellen erst 1329 in Breslau zustande kam. Im Jahre 1340 vereinigten sich die Schneider in Wien, und schon 1351 kommt es zu einem Streik der Weberknechte in Speyer am Rhein. Aus den sich ergebenden Schwierigkeiten war der Rat der Stadt Straßburg 1363 gezwungen, eine besondere Abordnung zur Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten mit den Handwerksgesellen zu errichten. Die Zünfte halten das Vorgehen der Gesellenbrüderschaften für eine Beeinträchtigung der personellen Freiheit und kommen 1407 in Konstanz am Rhein zusammen, um ein gemeinsames Vorgehen gegen die Gesellenbrüderschaften zu vereinbaren. Es wurden keine Erfolge erzielt; deshalb erließ Kaiser Sigismund 1440 zur Vermeidung jeglicher Lohnbewegung sogenannte Lohntaxen. Hier wurden die Löhne von der Obrigkeit festgelegt. Als Reaktion darauf kommt es rund 100 Jahre später zur Festlegung eines symbolischen Feiertags, der unter „Guter Montag“ und später „Blauer Montag“ 1550 erstmalig eine öffentliche Erwähnung findet.

Die Bemühungen Kaiser Sigismunds bleiben ohne Erfolg; der Große Kurfürst beantragt ein einheitliches Vorgehen für das gesamte Gebiet des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation. Kaiser Karl VI. stellt sich trotz Beschlusses des Reichstages dagegen. Der Streik der Schuhknechte in Wien wurde 1712 durch Henken der Anführer zerschlagen. 1726 greift Kaiser Karl VI. in einen Streik der Schuhknechte in Augsburg ein. 1731 verbietet die Reichsgewerbeordnung die Gesellschaften der Handwerksgesellen. Bereits 1771 kommt es wiederum zu einem gemeinsamen Vorgehen der deutschen Fürsten. Sie verlangen einheitliche Maßnahmen gegen den „Blauen Montag“, der trotz Verbot aufrechterhalten worden war.

1791 kommt es in Hamburg zum ersten bekannten Generalstreik. Die Forderungen der Arbeiter wurden noch am gleichen Tage bewilligt. Ein einzelner Arbeiter löste durch sein Verhalten 1793 einen Generalstreik in Breslau aus, der für die Streikenden Erfolg hatte. Erst 1839 greift die preussische Regierung in die absolute Freiheit des Arbeitsvertrages durch ein Regulativ zur Beschränkung der Kinderarbeit ein. 1840 kommt es zu einem brutalen und ungerechten Beschluß: Zum Verbot der bestehenden Verbindungen und Verabredungen. Hierauf folgt 1844 der von Gerhart Hauptmann besungene Aufstand der Hausweber in Schlesien. Die allgemeine Gewerbeordnung von 1845 verbietet erneut jeglichen Zusammenschluß sowohl der Gewerbetreibenden als auch der Arbeiter. Die Praxis wirkt sich jedoch besonders hart gegenüber den Arbeitenden aus.

Nunmehr beginnt mit der 48er-Revolution ein neuer Abschnitt in der Geschichte der sozialen Kämpfe der Gewerkschaften. 1847 erlassen Karl Marx und Friedrich Engels das Kommunistische Manifest und rufen die Proletarier aller Länder zur Vereinigung auf. 1848 kommt es unter Prof. Winkelbach zur Bildung des „Allgemeinen deutschen Arbeitervereins“ und unter Stefan Zorn zum „Zentralkomitee für Arbeiter“. Unter anderem werden noch der „Nationale Buchdruckerverein Gutenberg“ und die „Vereinigung der Zigarrenarbeiter“ ins Leben gerufen. 1861 gewährt Sachsen als erster deutscher Bundesstaat das Koalitionsrecht, und bereits 1862 veröffentlicht Ferdinand Lassalle sein Arbeitsprogramm. Lassalle gründet 1863 in Leipzig den „Allgemeinen deutschen Arbeiterverein“. 1864 wird Schweitzer Präsident dieses „Allgemeinen deutschen Arbeitervereins“ und des „Verbandes deutscher Gewerk- und Arbeiterschaften“ in Berlin.

Auch die katholische Kirche greift durch Bischof Emanuel v. Ketteler die soziale Frage in seinem bekannten Werk „Die Arbeiterfrage und das Christentum“ auf. 1865 gründet Fritzsche den „Deutschen Tabakarbeiterverein“; 1866 wird der „Verband der deutschen Buchdrucker“ gegründet. Die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für den Norddeutschen Reichstag im Jahre 1867 stellt die Ausgangsbasis der damaligen Gewerkschaftsgründung dar. Nunmehr kommt es 1868 zur Arbeitervereinstagung in Nürnberg und zur Gründung der „Internationalen Gewerksgenossenschaften“. Im selben Jahr veranstalten Fritzsche und Schweitzer in Berlin mit 142 000 organisierten Arbeitern den deutschen Arbeiterkongreß. Dr. Hirsch und Dr. Dunccker gründen im Auftrage der deutschen Fortschrittspartei die nach ihnen benannten „Hirsch-Dunckerschen“ Gewerkschaften.

Die Gewerbeordnung von 1869 hebt durch den § 152 alle Verbote gegen Arbeiterkoalitionen für den Norddeutschen Bund auf. Im selben Jahr gründet Bischof Emanuel v. Ketteler den „Christlich-sozialen Arbeiterverein“. 1870 werden die Koalitionsverbote in Österreich aufgehoben, 1872 schließt sich das gesamte Deutsche Reich an. In Erfurt beschließen Eisenacher Sozialisten die politische Neutralität der Gewerkschaften. 1875 findet der Einigungskongreß in Gotha statt.

1878, nach dem Attentat auf Kaiser Wilhelm, kommt es zum Erlass des Sozialistengesetzes, dem alle Gewerkschaften, mit Ausnahme der „Hirsch-Dunckerschen“, zum Opfer fallen. In dieser Zeit gründet der Hofprediger Dr. Stöcker die „Christlich-soziale Arbeiterpartei“. Nunmehr beschäftigt sich der Staat mit der Sozialpolitik und der Entwicklung des Versicherungswesens als politische Maßnahme gegen die Gewerkschaftsbewegung. So kommt es 1883 zum Krankenversicherungsgesetz; darauf folgt 1884 das Unfallversicherungsgesetz und im Jahre 1889 die Invaliditäts- und

Solch ein Gewimmel möcht ich sehn,

auf freiem Grund mit freiem Volke stehn.

(Johann Wolfgang v. Goethe)

Altersversicherung. Während der Dauer des Sozialistengesetzes (von 1878 bis 1890) wurden 332 Vereinigungen aufgelöst, 1299 Druckschriften verboten, 831 Jahre Gefängnis verhängt und rund 840 Personen des Landes verwiesen.

Zwei große Ereignisse von weittragender Bedeutung für die Arbeiterbewegung fallen in das Jahr 1890. 1889 beschloß der internationale Arbeiterkongreß in Paris, den 1. Mai als Fest der Arbeiter durch Arbeitsruhe und Demonstrationen in der ganzen Welt zu feiern. Der Feiertag der deutschen Arbeiter am 1. Mai 1890 war für die Arbeitgeberverbände das Signal für einen Generalangriff auf die Gewerkschaften. Als Reaktion darauf kam es zu einer Dachorganisation, unter der sich alle Arbeiterverbände vereinigten. Vorsitzender wurde Karl Legien.

1891 schaltete sich die höchste kirchliche Autorität ein: in seiner Schrift „Rerum novarum“ nahm Papst Leo XII. zu den damaligen sozialen Problemen Stellung. 1892 kommt es zum 1. Kongreß der Freien Gewerkschaften in Halberstadt. 1894 gründet August Brust den „Gewerksverein christlicher Bergarbeiter“.

Die Periode des autonomen Arbeitsrechts wird durch den Tarifvertrag, den die Buchdrucker 1896 abschließen, eingeleitet. Der Gewerkschaftskongreß in Berlin empfiehlt, die Arbeitslosenunterstützung und die Arbeitsvermittlung als Aufgabe der Gewerkschaften zu betrachten. Ein Jahr später findet der 1. Kongreß christlicher Bergarbeiter in Bochum statt. 1898 sind die deutschen Gewerkschaften bereits in der Lage, einen Streik der englischen Maschinenbauer mit rund 263 000 Mark solidarisch zu unterstützen.

Der 3. Gewerkschaftskongreß der Freien Gewerkschaften wird 1899 in Frankfurt abgehalten. Hier wird Stellung gegen die Beeinträchtigung der Koalitionsfreiheit genommen. Der Kongreß der christlichen Gewerkschaften wird in Mainz abgehalten. In den darauffolgenden Jahren werden der „Christlich-soziale Metallarbeiterverband“, der „Christliche Tabak- und Zigarrenarbeiterverband“ und der „Verband der Eisenbahnbediensteten des Post- und Telegrafendienstes“ ins Leben gerufen.

Damit findet wiederum eine Entwicklung ihren Abschluß. Erst nach dem Krieg 1914–18 kommt es zu einem erneuten großen Aufschwung innerhalb der Gewerkschaftsbewegung. Das Jahr 1918 leitet eine ganz neue Ära ein: Ausrufung der Republik, Einführung der allgemeinen Arbeitslosenunterstützung aus öffentlichen Mitteln, gesetzliche Regelung des 8-Stunden-Tages. 1919, auf dem 10. Gewerkschaftskongreß der Freien Gewerkschaften zu München, stehen die Sozialisierung und das Betriebsrätegesetz zur Debatte. In der Weimarer Verfassung finden beide ihren Niederschlag. 1920 wird das Betriebsrätegesetz verabschiedet. Nunmehr erreichen die deutschen Gewerkschaften aller Richtungen ihren Mitgliederhöchststand. Leider verstarb am 26. Dezember 1920 der Vorsitzende der Generalkommission in Deutschland, Karl Legien.

Durch den Generalstreik der deutschen Arbeiterschaft gegen den Kapp-Putsch 1921 beweist die Arbeiterbewegung, daß

es ihr mit dem demokratischen Staat ernst ist. Der 11. Gewerkschaftskongreß der Freien Gewerkschaften 1922 in Leipzig beschäftigt sich hauptsächlich mit den Arbeitsgemeinschaften. 1924 kommt es zur stärksten Streikbewegung in Deutschland mit rund 36½ Millionen verlorengegangenen Arbeitstagen. Bereits im Jahre 1925, auf dem 12. Gewerkschaftskongreß der Freien Gewerkschaften in Breslau, wird die Demokratisierung der Wirtschaft debattiert. Dasselbe wiederholt sich auf dem 13. Kongreß 1928 in Hamburg. Der 14. Gewerkschaftskongreß 1931 beschäftigt sich mit der 40-Stunden-Woche und mit der Notverordnung der Regierung Brüning. Im selben Jahr wird „Quadragesimo anno“ vom Papst verkündet. Der 15. (außerordentliche) Gewerkschaftskongreß 1932 in Berlin beschäftigt sich mit einem Arbeitsbeschaffungsprogramm. 1933, mit der Machtübernahme am 30. Januar, wird die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung erneut unterbrochen. Am 2. Mai 1933 tritt die nichtgewerkschaftliche „Deutsche Arbeitsfront“ an die Stelle der Bewegung. An dem Aufstand gegen die Naziregierung am 20. Juli 1944 waren führende Persönlichkeiten aus der Gewerkschaftsbewegung von vor 1933 beteiligt.

Seit 1945 steht nun die Gewerkschaftsbewegung abermals in einem neuen Abschnitt ihrer Geschichte. Nunmehr wird eine neue Art der Organisation aufgegriffen und durchgeführt. Zum erstenmal ist die Bewegung die geeinte Macht aller Schaffenden. Die Gewerkschaften aller Richtungen schließen sich in den gebildeten Einheitsgewerkschaften und diese im „Deutschen Gewerkschaftsbund“ zusammen.

Nach den Jahren der Diktatur und Unterdrückung hat das deutsche Volk erneut politische Mitbestimmung erhalten. Der Kampf der Gewerkschaften gilt nun der Wirtschaftsdemokratie, damit verbunden ist das Eintreten für das Mitbestimmungsrecht in der Wirtschaft.

Die Gewerkschaften bilden sich 1945 zunächst auf örtlicher Basis. 1946 wird es durch die Alliierte Gesetzgebung (Kontrollratsgesetz Nr. 22) den örtlichen Gewerkschaften ermöglicht, sich zu gewerkschaftlichen Landesverbänden zusammenzuschließen. 1947 schließen sich die beruflichen Einzelgruppen der gewerkschaftlichen Landesverbände zu Industriegewerkschaften zusammen, 1949, mit der Annahme des Bonner Grundgesetzes, wird unter anderem auch der Gewerkschaftsbewegung das Recht zur Planung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen zugesprochen. Im Oktober desselben Jahres findet der Gewerkschaftskongreß in München für die Westzonen statt. Es kommt hier zur Gründung des „Deutschen Gewerkschaftsbundes“ unter dem Vorsitz von Hans Böckler. Schon im Jahre 1950 erreicht der Kampf um das Mitbestimmungsrecht den Höhepunkt. Am 16. Februar 1951 verstarb Hans Böckler, der 1. Vorsitzende des DGB. Am 22./23. Juni 1951 fand der 2. (außerordentliche) Gewerkschaftskongreß in Essen statt, auf dem Christian Fette zum 1. Vorsitzenden gewählt wurde. Der Kongreß beschäftigte sich mit den Fragen der Wirtschaftsdemokratie und der Sozialgesetzgebung.

DGB zum Verteidigungsbeitrag

Der Bundesausschuß des Deutschen Gewerkschaftsbundes hat sich in seiner Sitzung vom 23. Januar 1952 erneut mit der Frage eines deutschen Verteidigungsbeitrages beschäftigt.

In Anbetracht der durch jüngste Presseberichte hervorgerufenen Mißverständnisse betont er ausdrücklich, daß sich an seiner Einstellung, wie er sie bereits im November 1950 zu dieser Frage darlegte, nichts geändert hat.

Seit ihrem Bestehen hat die Gewerkschaftsbewegung in einer allgemeinen Abrüstung und der Zusammenarbeit der Völker die beste Garantie des Friedens gesehen. Sie wünschte deshalb, daß man sowohl im Osten als auch im Westen diesen Gedanken aufrichtig durch Taten und nicht nur durch Worte verwirklichen würde.

Die Frage eines deutschen Verteidigungsbeitrages in unserer Zeit ist nur durch die Aufrüstung und die Politik in anderen Ländern, die die Gefahr einer militärischen Auseinandersetzung in sich tragen, zur Diskussion gestellt worden.

Die Gewerkschaften sind von jeher bereit gewesen, die

Grundrechte der Freiheit, der Menschenrechte und der Demokratie zu verteidigen. Den inneren und äußeren Feinden dieser Idee gegenüber kann es keine Neutralität geben; denn sie bedrohen nicht nur die Existenz der freiheitlichen Gewerkschaftsbewegung, sondern den sozialen Fortschritt und den kulturellen Aufstieg der arbeitenden Menschen.

Die Frage des deutschen Verteidigungsbeitrages ist von den politischen Instanzen zu entscheiden. Die Gewerkschaften weisen aber darauf hin, daß die Verteidigung der Demokratie und Freiheit nur dann von den schaffenden Menschen getragen werden kann, wenn die demokratischen Staaten eine bewußt fortschrittliche Wirtschafts- und Sozialpolitik betreiben. Sie warnen vor Maßnahmen, die dem Widererstehen des alten, uns in seinen verhängnisvollen Auswirkungen bekannten Militarismus dienen können, und vor jeder aggressiven Außenpolitik. Von den Parlamentariern erwarten sie, daß sie bei ihren Entscheidungen diese Voraussetzungen erfüllen, damit nicht durch die Vorbereitung irgendwelcher Verteidigungsmaßnahmen jene Werte vernichtet werden, die verteidigt werden müssen.

UNSERE Jugend

Neuwahlen

In der Jugendhauptversammlung gab Willi Fige den Geschäftsbericht des Jahres 1951, dem wir u. a. entnehmen: Für die Jugendlichen wurden im letzten Jahr 102 685 Flaschen Milch und 30 360 Liter Tee ausgedient. 32 minderbemittelte Lehrlinge erhielten Gutscheine zur Anschaffung von Anzügen usw. Rund 280 Angehörige der Lehrwerkstatt verlebten ihren vierzehntägigen Erholungsurlaub auf der Jugendburg Bilstein. Weitere Jugendliche verlebten ihren Urlaub u. a. in Korsika. Jugendzeitschriften und Karten für Veranstaltungen und Konzerte wurden in erheblichem Umfang kostenlos an Jugendliche verteilt. Die Aufwendungen und Leistungen des Werkes für die Jugend, so sagte Fige, seien sehr groß gewesen und müßten von der Jugend gewürdigt und anerkannt werden. **Arbeitsdirektor Berndsen und Betriebsratsvorsitzender Schwentke** sagten der Jugend auch für die Zukunft ihre Unterstützung und Förderung zu. Die Jugend müsse ihr Pflichtbewußtsein und ihr Wissen und Können vertiefen, um stark und diszipliniert ihren späteren erhöhten Pflichten gerecht werden zu können.

Als Jugendobleute wurden gewählt bzw. wiedergewählt: Willi Fige (Waggonwerkstatt), Helmut Neukirch (Betriebswirtschaft), Kurt Soppa (Hochofenbüro), Hans Lamott (W. A. Ww I/III), Herbert Göge (Verfrachtung), Alfred Simon (Walzwerksbüro), Helmut Schütte (Lehrwerkstatt), Edith Oberschelp (Hauptverwaltung), Willi

Freitag (Masch.-Abt.), Helmut Wolf (Elektr. Abt.), Wolfgang Teichmann und Karl Heinz Buzinski (Lehrwerkstatt).

Föcher warnt vor Zersplitterung

Vor einer Zersplitterung der einheitlichen deutschen Gewerkschaftsbewegung in Richtungsgewerkschaften warnte der zweite Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Mathias Föcher, vor dem Sozialausschuß der CDU. Föcher sagte, die einheitliche Gewerkschaftsbewegung werde heute bekämpft, weil sie der einzige Sperrriegel gegen sozialreaktionäre Strömungen sei. Föcher setzte sich für eine strenge parteipolitische und religiöse Neutralität der Gewerkschaft ein. Sie dürfe jedoch nicht in allgemeinen politischen Fragen neutral bleiben, sondern müsse vielmehr in der Außen-, Wirtschafts- und Sozialpolitik aktiv sein. Die Führung des DGB sei gewillt, ihre Mitglieder in keiner Weise parteipolitisch zu beeinflussen. Der DGB müsse aber von den Parteien verlangen, daß sie das gewerkschaftliche Eigenleben respektieren. „Eine Partei, und mag sie sich noch so arbeitsfreundlich gebärden, dient nicht der Arbeitnehmer-schaft, wenn sie dauernd versucht, das Gewerkschaftsleben zu beeinflussen.“ Die führenden Organe des DGB seien tolerant, weitsichtig und in ihrem Wissen fundiert. Auf der Ortsebene liege aber noch vieles im argen. Hier werde jedoch durchgegriffen werden.

FÜR DIE SCHWERBESCHÄDIGTEN

Jahreshauptversammlung

In der Jahreshauptversammlung der Schwerbeschädigten unserer Westfalenhütte gab Betriebsratsmitglied Eilebrecht einen Überblick über die im vergangenen Jahr geleistete Arbeit, wobei besonders betont wurde, daß erneut eine Anzahl Schwerbeschädigte — unter ihnen u. a. auch ein Vollblinder — eingestellt werden konnten. Es wurde anerkannt, daß vom Werk alles getan werde, um den Schwer- und Schwerstbeschädigten den Weg zu vollwertigen Arbeitskollegen zu ermöglichen. In dieser Ausrichtung liege es auch, daß in erhöhtem Umfang Umbesetzungen vorgenommen worden seien mit dem Ziele, den Schwer- und Schwerstbeschädigten den ihren Fähigkeiten und ihrem Können entsprechenden Arbeitsplatz zu geben und zu sichern.

Die vorgenommene Wahl ergab die einstimmige Wiederwahl der bisherigen Obleute.

In der Hauptversammlung der Schwerbeschädigten-Obleute sämtlicher Dortmunder Betriebe sprach Obermedizinalrat Dr. Hundt über den Einsatz von Schwerbeschädigten in den Arbeitsprozeß, wobei die Betonung darauf gelegt werden müsse, wie wir es auf der Westfalenhütte praktizieren: den Schwerbeschädigten derart einzusetzen, daß er sich als vollwertiges Mitglied innerhalb der Arbeitsgemeinschaft fühlen könne. Es wurde festgestellt, daß die Westfalenhütte in der Lösung der Schwerbeschädigtenprobleme vorbildlich sei.

Der bisherige Vorsitzende der Dortmunder Obleute, Karl Ahrens-Westfalenhütte, wurde einstimmig wiedergewählt.

An beiden Sitzungen nahmen Vertreter der öffentlichen Körperschaften (Arbeitsamt, Fürsorgestelle usw.) teil.

Löhnungstage für das Kalenderjahr 1952

	Art der Zahlung	für die Zeit vom bis	Morgenschicht	Tag-schicht	Mittag-schicht	Nacht-schicht
Februar	Abschlag	1. 1. — 15. 2.	26. 2.	26. 2.	25. 2.	26. 2.*
	Restlohn	16. 2. — 29. 2.	10. 3.	10. 3.	10. 3.	11. 3.*
März	Abschlag	1. 3. — 15. 3.	25. 3.	25. 3.	25. 3.	25. 3.
	Restlohn	16. 3. — 31. 3.	10. 4.	10. 4.	9. 4.	10. 4.
April	Abschlag	1. 4. — 15. 4.	25. 4.	25. 4.	25. 4.	25. 4.
	Restlohn	16. 4. — 30. 4.	10. 5.	10. 5.	9. 5.	10. 5.
Mai	Abschlag	1. 5. — 15. 5.	24. 5.	24. 5.	23. 5.	24. 5.
	Restlohn	16. 5. — 31. 5.	10. 6.	10. 6.	10. 6.	11. 6.
Juni	Abschlag	1. 6. — 15. 6.	25. 6.	25. 6.	25. 6.	25. 6.
	Restlohn	16. 6. — 30. 6.	10. 7.	10. 7.	10. 7.	11. 7.
Juli	Abschlag	1. 7. — 15. 7.	25. 7.	25. 7.	25. 7.	25. 7.
	Restlohn	16. 7. — 31. 7.	9. 8.	9. 8.	8. 8.	9. 8.
August	Abschlag	1. 8. — 15. 8.	26. 8.	26. 8.	25. 8.	26. 8.*
	Restlohn	16. 8. — 31. 8.	10. 9.	10. 9.	10. 9.	11. 9.
September	Abschlag	1. 9. — 15. 9.	25. 9.	25. 9.	25. 9.	25. 9.
	Restlohn	16. 9. — 30. 9.	11. 10.	11. 10.	10. 10.	11. 10.
Oktober	Abschlag	1. 10. — 15. 10.	24. 10.	24. 10.	24. 10.	24. 10.
	Restlohn	16. 10. — 31. 10.	11. 11.	11. 11.	10. 11.	11. 11.*
November	Abschlag	1. 11. — 15. 11.	25. 11.	25. 11.	25. 11.	25. 11.
	Restlohn	16. 11. — 30. 11.	10. 12.	10. 12.	10. 12.	11. 12.
Dezember	Abschlag	1. 12. — 15. 12.	22. 12.	22. 12.	22. 12.	22. 12.
	Restlohn	16. 12. — 31. 12.	9. 1.	9. 1.	8. 1.	9. 1.

Anmerkung: An den mit einem * versehenen Tagen wird die Nachtschicht entgegen der sonst üblichen Gepflogenheit wegen des vorhergehenden Sonntags als letzte Schicht gelöhnt.

WIR GRÜSSEN UNSERE JUBILARE

Nachstehende Belegschaftsmitglieder konnten im Monat Januar ihr Dienstjubiläum feiern:

40jähriges Dienstjubiläum

Heyne, Artur, Elektrotechn. Abteilung
Jasnoch, Johann, Maschinenabteilung
Walzwerk I/III
Kowalski, Ignatz, Thomaswerk
Wisniewski, Johann, Maschinenabteilung
Hochofen

Eichert, Adolf, Maschinenabteilung
Hochofen
Becker, Jakob, Postbüro
Smentek, Gottlieb, Eisenbahn-Abteilung

25jähriges Dienstjubiläum

Gellert, Paul, Walzwerk III
Kralemann, Hans, Steinfabrik
Kaluzynski, Anton, Kaltwalzwerk
Kinder, Alfred, Maschinenabteilung
Dzeik, Gustav, Bauhof

Prüger, Johann, Zuricherei Walzwerk VIII
Kuhlmann, Gustav, Maschinenabteilung
Betriebs-Werkstatt
Schulz, Günter, Spundwandabteilung

Vorstand, Betriebsvertretung und Belegschaft wünschen nochmals alles Gute

Geht die Kunst nach Brot?

Einige nüchterne — und vielleicht ernüchternde — Zahlen: Am 30. September 1951 waren beim Landesarbeitsamt Rheinland-Westfalen 13 103 Personen unter Berufsgruppe 83, das ist die Gruppe der künstlerischen Berufe, eingetragen. 2526 waren als arbeitslos gemeldet, und 2300 waren Unterstützungsempfänger. Der Berufsverband bildender Künstler für Nordrhein-Westfalen hat 1700 Mitglieder, davon 765 im Regierungsbezirk Düsseldorf. An 130 Mitglieder dieses Berufsverbandes, die in Düsseldorf wohnen, zählt die Stadt jährlich 100 000 DM Künstlerbeihilfe. Auf der Kunstakademie Düsseldorf sind 200 Schüler eingetragen — über 80 Prozent leben von durchschnittlich 50 DM im Monat.

Fraglos wird mancher der über 13 000 Künstler nur „Künstler“ sein. Aber mit dieser Feststellung allein wird man dem Problem nicht gerecht.

Insofern geht die Kunst nach Brot: es herrscht ein Run nach irgendeiner Erwerbsmöglichkeit der und für die Künstler — Bildhauer, Maler, Graphiker usw. Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht unser Werk und unsere Pressestelle und das Mitteilungsblatt von irgendeinem Künstler nach einer Erwerbsmöglichkeit angegangen wird. Unser Werk hat ja auch viel getan, wie die vielen Originalgemälde, Plastiken usw., die in den repräsentativen Räumen hängen und stehen, klar beweisen. Auch die Stadtverwaltung Dortmund hat aus wesentlicher Initiative des Oberstadtdirektors Hansmann im vergangenen Jahr für rund 100 000 DM Gemälde, Plastiken — auch in Form künstlerisch wertvoller Brunnen bei neuerrichteten Schulen usw. — angekauft.

So geschieht manches — aber es ist wenig, gemessen an der großen Zahl der notleidenden Künstler. Es sind nur einige, die in ganz erheblichem Umfange ihre wirtschaftliche Existenz mit den Aufträgen untermauern konnten, die sie von unserem Werk und anderen Hüttenwerken, von den kommunalen und staatlichen Behörden erhalten haben.

Die gesellschaftliche Umschichtung der jüngsten Vergangenheit hat eine starke Bresche in das frühere Mäzenatentum gerissen. Aber selbst mit einer Mäzenschaft im bisher herkömmlichen Sinne ist es nicht getan. Sie kann einzelne Künstler am Leben erhalten. Sie kann aber — und gerade

hier müssen wir die Kernfrage sehen — die beängstigend weite Kluft zwischen Publikum und Kunst nicht überbrücken; sie kann kaum zu einem beide Seiten befruchtenden Kontakt führen. Hier steht vieles heute auf dem Kopf, statt auf festen Füßen.

Hierzu eine kleine Randglosse: In der Ausstellung „Farbige Graphik“, die bereits in einigen Großstädten des Bundesgebietes zu sehen war, erhielt der abstrakte Farb-Holzschnitt „Mittag“ von H. A. P. Grieshaber den zweiten Preis des Baden-Badener Verlags „Das Kunstwerk“. Einige Zeit nach der Preisverleihung stellte sich heraus, daß das Bild verkehrt aufgehängt war, als eine Besucherin der Ausstellung verwundert fragte, warum denn die Signatur des Künstlers am oberen Bildrand auf dem Kopf stehe. Nicht zum ersten Male ist ein abstraktes Bild in einer Ausstellung verkehrt aufgehängt worden. Die Anhänger der sogenannten gegenstandslosen Kunst erklären dazu, ein solcher Irrtum sei möglich. An der Wirkung der Bilder werde dadurch nichts geändert. — Auch wir sind dieser Ansicht. Und wir sind darüber hinaus der Meinung, daß mancher „Künstler“ weniger Farbe und mehr Erlebnis und Wirklichkeitsnähe „verarbeiten“ sollte, statt über das „Kulturbanausentum der Menschheit“ zu wettern, die seine hohe Kunst nicht zu würdigen verstehe. Aber das nur am Rande.

Jetzt wird eine neue Lösung versucht. Es kann kein Zufall sein, daß die Initiative gerade von den Verbänden der Eisen- und Stahlindustrie ausging, von jener Industrie also, die das industrielle und wirtschaftliche Leben des 20. Jahrhunderts so weitgehend geformt hat. Zusammen mit dem Kunstverein für die Rheinlande und Westfalen hat die Eisen- und Stahlindustrie eine Jury aus namhaften Künstlern (Max Burchartz, Ludwig Gies, Erich Heckel, Stephan Hirzel, Heinrich Kamps, Gerhard Marcks, Hans Mettel, Robert Pudlich, Edwin Redslob) berufen, die die Auswahl und Prämierung künstlerischer Werke für eine Ausstellung „Eisen und Stahl“ im Mai treffen soll.

Die Stahlindustrie hat nach ihrem Vermögen dazu in die Tasche gegriffen. Es ist ein Griff, der nun die Künstlerschaft Nordrhein-Westfalens von allen Sorgen befreit. Doch geht es darum u. E. auch nicht. Aber zum ersten Male hat die

Industrie ein Interesse an der Kunst bekundet, das über den unmittelbaren technischen Auftrag hinausgeht. Sie hat damit ein Stück Leben in ihre Obhut genommen und einen groß angelegten Versuch gestartet, der Kunst ihre breite Plattform der Zeitverbundenheit zu vermitteln.

So sind heute Maler und Bildhauer Gäste in den Werken und Betrieben — morgen werden Künstler und Wirtschaftler und Belegschaftsmitglieder zusammensitzen und gegenseitig in die meist unbekannte Gedankenwelt des anderen hinein-

leuchten — übermorgen (in Klammern gesetzt: das wollen wir wünschen und hoffen!) werden in großen Kunstausstellungen diskutierende Gruppen stehen, weil Künstler und Beschauer sich endlich wieder nähergekommen sind. Das aber ist eine Sache beider Seiten.

Die Kunst geht nach Brot? Nun; es ist kein Ambrosia göttlich-erhabener Scharen und regnet nicht als Manna vom Himmel, sondern es kann nur aus Wirklichkeitsnähe gewonnen werden. Und hier liegt zunächst ihre Aufgabe.

Es kann vorkommen . . .

daß man im täglichen Leben einem — beispielsweise — Akademiker mit Politik kommt. (Nicht einmal mit Parteipolitik.) Dann furcht sich seine Stirn, dann rümpft sich seine Nase, dann blicken seine Augen düster, und seine ganze Mimik sagt eindeutig: „Ohne mich!“

Je intensiver das geschieht, desto ungerechter ist das Urteil über die Politik schlechthin.

Politik ist das, was die Politiker daraus machen. Die Politik kann nichts dafür. Sie ist unschuldig. Auch die Suppe kann nichts dafür, wenn sie versalzen ist, sondern der Koch. Und Politiker sind wie Staats-Köche. Sie rühren den Teig, sie würzen die Soße, die schlagen den Schaum — und hierzu haben manche eine natürliche Veranlagung. Hin und wieder mißbrät ihnen ein Braten. Den riecht dann das Volk. Häufig wird unter ihren Händen alles zu Essig. Dann haben wir den Salat.

Ach ja, Kochen ist eine Kunst. Das weiß jede Hausfrau. Das weiß auch jeder Mann, wenn er keine gute Köchin hat. Auch Politisieren ist eine Kunst — aber das vergessen viele. Es ist so leicht, „ohne mich“ zu sagen oder mindestens: „Ich habe keine Zeit!“

So hat der — beispielsweise — Akademiker keine Zeit, ich meine den theoretisierenden. Auch der Ingenieur hat keine Zeit — er versteckt sich hinter Stahl und Maschinen. Der Angestellte kann der Politik keine Stunde opfern. Er muß Formulare ausfüllen, immer wieder Formulare. Und dann muß er auf das Amt fluchen, das ihn mit Formularen belastet — und ist dadurch wieder einer, der auf die versalzene Suppe schimpft, statt sich in der politischen Küche etwas nützlich zu machen.

Der Theoretiker — nehmen wir einmal an: er ist ein Humanist — ist restlos davon überzeugt, daß wir mit unserer Politik im Sumpf enden. Wenn er nicht gerade den „Untergang des Abendlandes“ verkündet — frei nach Spengler, versteht sich —, so sieht er doch deutlich den Ruin (des Westens oder Ostens, je nach diesem oder jenem Ressentiment) deutlich voraus. Auf lateinisch und griechisch könnte er uns diesen Ruin sogar beweisen, notfalls sogar „in Keilschrift auf sechs Ziegelsteinen“. Er hat die stille Hoffnung, daß er mit seinem Pessimismus recht behält. Für diesen Triumph der Wissenschaft würde er sich sogar mit Freuden mit uns allen in den dicksten Dreck setzen.

Er hat so seine Sorgen. Aber: Wer Geld hat, hat auch seine Sorgen. Und die Politik — hier vertreten durch den Herrn Finanzminister — läßt ihn sogar bluten. Denn es ist manchmal leichter, einen Sack Flöhe zu hüten als einen Geldschrank, eine bescheidene Lohntüte, eine knappe Geldbörse. Und der Techniker plant und zeichnet und rechnet. Vielleicht sieht er eine schöne Eisenkonstruktion vor seinen geistigen Augen. Elegant spannt sie sich von Ufer zu Ufer. Alles ist so sicher und klar und richtig. Und tief unten zieht der Rhein dahin und rauscht. Was rauscht er wohl?

Er weiß viel, der alte Vater Rhein. Er weiß vor allem, daß es Zeiten gab, in welchen die Besten der Nation — Wissenschaftler, Künstler, Heroen — einen Teil ihrer Zeit und ihres Könnens und ihres Geistes dem Staate widmeten. Und dieses „Sich-dem-Staate-Widmen“, nicht mehr und nicht weniger, das ist — Politik.

Ob man bei etwas Überlegung bei dem „Ohne mich“ bleiben kann?



Die Dortmunder Westfalenhalle wurde in einer olympischen Feierstunde im Beisein des Bundespräsidenten Heuss am 2. Februar eröffnet. Ihr gewaltiges Oval hat eine Länge von 117,5 m, eine Breite von 97,8 m und eine Höhe von fast 30 m. Unsere Westfalenhütte AG hat für den Bau 6000 t Zement und 1200 t Baustahl geliefert.

Biomotoren in der Unfallstation

Beide Unfallstationen haben eine wertvolle Neuerwerbung zum Schutze von Leben und Gesundheit der Belegschaft zu verzeichnen, nämlich je ein Biomotorgerät. Es handelt sich dabei um elektrisch betriebene Wiederbelebungsgeräte, die nach Art der eisernen Lunge arbeiten und eine intensive künstliche Beatmung ermöglichen. Im wesentlichen besteht das Gerät aus einer durch einen Elektromotor betriebenen Luftpumpe mit automatischer Umschaltung auf Ein- und Ausatmung, wobei die Pumpe an eine große Gummiglocke angeschlossen ist, die den Bauchdecken des zu Beatmenden aufgesetzt wird. Durch rhythmisches Zusammenpressen und Ansaugen des Bauchraums wird die natürliche Zwerchfellatmung nachgeahmt und damit Luft in die Lungen eingesaugt und ausgepreßt, so daß eine kräftige künstliche Beatmung erfolgt. Das Gerät wird uns eine wertvolle Hilfe sein bei allen Unfällen, die mit Atemlähmung einhergehen, im wesentlichen also bei Gasvergiftungen und bei elektrischen Unfällen. Diese Unfälle sind nicht selten, z. B. durch Absturz aus der Höhe, mit Knochenbrüchen im Bereich der oberen Gliedmaßen oder des Brustkorbes verbunden, so daß eine künstliche Beatmung von Hand unmöglich wird. Im übrigen ist die u. U. stundenlange Ausführung der künstlichen Beatmung für den Hilfeleistenden eine ganz schwere körperliche Arbeit. Wir dürfen uns alle über diese wertvolle Bereicherung unserer Ausrüstung zum Schutze von Leben und Gesundheit freuen.

Vorsicht, Pilze fressen dich auf!

Ein Fall von Strahlenpilzerkrankung, der kürzlich in unserer ärztlichen Dienststelle zur Behandlung kam, lenkt erneut die Aufmerksamkeit auf diese zwar seltene, aber um so heimtückischere Krankheit. Das Wichtigste ist, zu wissen, wie man davon befallen wird. Es gibt viele Menschen,

Unfälle im Monat Januar

Im Monat Januar ereigneten sich auf dem Hüttenwerk (einschließlich Barop) 115 leichte Unfälle, auf dem Wege von bzw. zur Arbeitsstelle 6 leichte Unfälle.

In der nachstehenden Tabelle sind die Zahlen des Vormonats in Klammern eingesetzt:

	Belegschaftszahl:	leicht	schwer	tödlich	Summe:
Hochofen	614	12 (4)	— (—)	— (—)	12 (4)
Zementfabrik	79	— (—)	— (—)	— (—)	— (—)
Thomaswerk	290	6 (3)	— (—)	— (—)	6 (3)
Martinwerk	505	6 (12)	— (—)	— (—)	6 (12)
Steinfabrik	130	3 (1)	— (—)	— (—)	3 (1)
Phosphatmühle	76	— (—)	— (—)	— (—)	— (—)
Kalibierwalzwerke	1029	13 (19)	— (—)	— (—)	13 (19)
Blechwerk I/II	368	6 (8)	— (—)	— (—)	6 (8)
Werk Barop	513	20 (15)	— (—)	— (—)	20 (15)
Breitbandwalzwerk	182	1 (2)	— (—)	— (—)	1 (2)
Spez.-Blechwalzwerk	146	3 (1)	— (—)	— (—)	3 (1)
Preß- und Hammerwerk	159	4 (6)	— (—)	— (—)	4 (6)
Werkstatt Stockheide	41	— (—)	— (—)	— (—)	— (—)
Kaltwalzwerk	270	4 (2)	— (—)	— (—)	4 (2)
Drahtverfeinerung	361	5 (3)	— (—)	— (—)	5 (3)
Maschinenabteilung	1292	3 (7)	— (—)	— (—)	3 (7)
Elektr. Abteilung	466	1 (2)	— (—)	— (—)	1 (2)
Mechanische Werkstätten	524	5 (10)	— (—)	— (—)	5 (10)
Eisenbahnbetriebe	871	12 (14)	— (—)	— (1)	12 (15)
Baubetriebe	443	7 (3)	— (—)	— (—)	7 (3)
Fahrbetrieb	71	— (—)	— (—)	— (—)	— (—)
Versuchsbetriebe	124	1 (—)	— (—)	— (—)	1 (—)
Sonstige Betriebe	325	— (1)	— (—)	— (—)	— (1)
Lehrwerkstatt	246	2 (5)	— (—)	— (—)	2 (5)
Sozialbetriebe	255	1 (—)	— (—)	— (—)	1 (—)
Hauptverw. u. Betr.-Ang.	1494	— (—)	— (—)	— (—)	— (—)
Summe	10854	115 (118)	— (—)	— (1)	115 (119)
Wegeunfälle		6 (14)	— (—)	— (—)	6 (14)

Die vorgekommenen Unfälle wurden laufend untersucht und die Unfallursachen, soweit wie möglich, nach Rücksprache mit den Betrieben und Unfallvertrauensmännern sofort abgestellt.

Dr. Didier von der Hütten- und Walzwerks-Berufsgenossenschaft untersuchte den tödlichen Unfall Bartz, Abt. Eisenbahn.

die es sich zur Gewohnheit machen, einen grünen Halm oder Zweig kauend zwischen die Zähne zu nehmen. An diesen lebenden grünen Zweigen sitzt der Erreger des Strahlenpilzes, dringt zwischen den Zahnräumen in das Gewebe ein und bildet dort Kolonien, die durch derbe entzündliche Schwellung im Bereich der Kiefer und des Halses zunächst in Erscheinung treten. Diese Anschwellungen werden immer größer, brechen dann auf und entleeren reichlich Eiter, in dem die Pilze, zu strahlenförmigen Kolonien angeordnet, nachweisbar sind. Die Kolonien dringen immer tiefer in die Gewebe ein, zerfressen die Halsorgane und führen nach Monaten entsetzlichen Leidens zu einem wahrhaft elenden tödlichen Ausgang. Wenn auch durch frühzeitige operative Entfernung und neuerdings auch durch Injektion durch Penicillin und seine Verwandten eine Beherrschung des Leidens im Frühstadium in Aussicht steht, so ist es doch das vernünftigste, es nicht erst zur Erkrankung kommen zu lassen: Weg mit den grünen Trieben aus dem Mund!

Höfliche Bitte!

Von verschiedenen Seiten aus der Belegschaft wird die Bitte an mich herangetragen, dafür zu sorgen, daß mit dem einzelnen Betrieben werkssseitig zur Verfügung gestellten Tee, der in großen Kannen aus der Werksküche angeliefert wird, beim Gebrauch etwas sorgfältiger und hygienischer verfahren wird. Es widerspricht natürlich den primitivsten Regeln der Sauberkeit und Hygiene, wenn z. B. dieser Tee aus den als Trinkgefäß benutzten Deckeln der Kannen getrunken wird und diese Deckel dann wieder auf die Kannen gestülpt werden. Es wird jedermann aufgefordert, für absolute Sauberkeit bei der Entnahme des Tees aus den Kannen zu sorgen und Schmutzfinken, wenn sie tatsächlich vorhanden sein sollten, energisch auf die Finger zu klopfen.

Gewerberat Brune besichtigte die Unfallschutzeinrichtungen der elektrotechnischen Abteilung, des Martinwerkes, der Mischeranlage, des Gießfeldes der Abt. Hochofen und der Sozialwerkstätten.

Am 8. und 9. Januar 1952 fand beim Bundesinstitut für Arbeitsschutz in Soest ein Lehrgang über Arbeitsschutz statt. An dem Lehrgang nahmen der Unfallobmann und der Sachbearbeiter teil.

Eine größere Anzahl Belegschaftsmitglieder der Abt. Hochofen wurde mit den Unfallschutzvorschriften bei Arbeiten mit Schneid- und Brenngeräten vertraut gemacht. Gleichzeitig erhielten die Betreffenden eine Unterweisung, wie man sich bei Bränden an Gasflaschen verhalten soll.

Am 25. Januar 1952 hielt Herr Classen einen Vortrag über „Unfallschutz in Amerika“. Anwesend waren die Betriebschefs. Anschließend fand eine Aussprache statt. Der gleiche Vortrag wurde am 29. Januar 1952 für Betriebsassistenten, Meister, Vorarbeiter und Unfallvertrauensmänner wiederholt.

Sie wurden belohnt

Für Rettung aus Unfallgefahr erhielten nachstehende Belegschaftsmitglieder Belohnungen vom Werk bzw. von der Hütten- und Walzwerksberufsgenossenschaft:

Abblader Werner Zieroch, Hochofen
Blocklader Emil Kleine, Barop,
Drahtzieher Otto Böhm, Drahtverfeinerung,
Plattenmaurer Peter Frink, Martinwerk, und
Gehilfe Wilhelm Ernst, Werk Barop.

Warum wünschen Versicherte Betriebskrankenkassen?

Nachdem durch das Selbstverwaltungsgesetz vom 22. Februar 1951 die im Jahre 1934 verhängte Errichtungssperre für neue Krankenkassen aufgehoben worden ist, stehen viele Betriebe vor der Wahl, ob sie eine Betriebskrankenkasse errichten sollen.

Nicht nur die Unternehmer wünschen die Errichtung einer solchen Kasse, um auf diese Weise ihre sozialen Verpflichtungen besser erfüllen zu können, denn geldliche Vorteile haben sie davon nicht, sondern auch die Versicherten sehr vieler Betriebe, die bisher keine Betriebskrankenkasse hatten, haben denselben Wunsch. Gegen den Willen der Versicherten könnte eine Betriebskrankenkasse auch nicht errichtet werden, denn die erste Maßnahme bei der Errichtung einer Betriebskrankenkasse ist eine Abstimmung unter den Arbeitnehmern, die als Mitglieder der neuen Kasse in Frage kommen, darüber, ob sie mit der Errichtung einer Betriebskrankenkasse für ihren Betrieb einverstanden sind. In den allermeisten Fällen, von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, haben sich die Werksangehörigen dieser Betriebe mit überwältigender Mehrheit zwischen 85 und 98 Prozent für die Errichtung der Betriebskrankenkasse ausgesprochen, obwohl den Abstimmungen meistens eine intensive Gegenpropaganda vorherging. Wir berichteten schon, daß bei 24 Betrieben mit 25 562 Arbeitnehmern 95,6 Prozent der abstimmenden Werksangehörigen für die Errichtung der Betriebskrankenkassen waren.

Die Gegenpropaganda rief meistens das Solidaritätsgefühl der Arbeitnehmer an, indem sie behauptete, das Versicherungsrisiko der Betriebskrankenkasse sei geringer, so daß durch das Ausscheiden solcher Betriebe die Leistungsfähigkeit der Ortskrankenkasse herabgesetzt werde und die in der Ortskrankenkasse verbleibenden Kollegen den Nachteil hätten. Diese Ansicht ist irrig. Es stimmt wohl, daß nach einer im Juni vorigen Jahres veröffentlichten amtlichen Statistik des Landesarbeitsministeriums Nordrhein-Westfalen das Beitragsaufkommen je Mitglied bei den Betriebskrankenkassen um 32 Prozent höher war als bei den Ortskrankenkassen. Entsprechend waren aber nach derselben Statistik auch die Ausgaben für jedes Mitglied höher.

Für die wichtigsten Ausgaben entstanden die nachstehenden Kosten:

für ärztliche Behandlung bei den A. O. K.	21,09 DM,
bei den Betriebskrankenkassen	26,— DM,
für Arznei- und Heilmittel bei den A. O. K.	16,20 DM,
bei den Betriebskrankenkassen	26,89 DM,
für Krankenhausbehandlung bei den A. O. K.	18,49 DM,
bei den Betriebskrankenkassen	23,14 DM,
für Krankengeld bei den A. O. K.	26,92 DM,
bei den Betriebskrankenkassen	31,38 DM.

Diese Mehrausgaben sind nicht allein durch Mehrleistungen, sondern auch durch wesentlich höhere Inanspruchnahme der Regelleistungen durch die Versicherten der Betriebskrankenkassen entstanden.

Die Aufhebung der Betriebskrankenkassen würde daher die Lage der Ortskrankenkassen in keiner Weise verbessern. Den Nachweis dafür hat die Entwicklung in der französischen Besatzungszone erbracht. Dort wurden seinerzeit die Betriebskrankenkassen geschlossen, und alle Versicherten gehörten der Allgemeinen Ortskrankenkasse an. Es hat aber nicht eine einzige Ortskrankenkasse deswegen ihre Beiträge senken oder ihre Leistungen verbessern können. Als dann die Betriebskrankenkassen ihre Tätigkeit wiederaufnehmen konnten, wurde dies mit überwältigender Mehrheit von den Versicherten der in Frage kommenden Betriebe gutgeheißen. Das Ausscheiden der Betriebskrankenkassen hat aber nicht eine einzige Ortskrankenkasse gefährdet. Es stimmt also nicht, daß die Betriebskrankenkassen den Ortskrankenkassen irgendwelchen Abbruch tun und, wo in einem Einzelfall durch das Ausscheiden eines Betriebes die Ortskrankenkasse wirklich gefährdet werden sollte, muß, so schreibt es das Gesetz vor, die Errichtung der Betriebskrankenkasse unterbleiben. Es kann demnach keine Rede davon sein, daß die Mitglieder einer Betriebskrankenkasse ihre bei einer Ortskrankenkasse versicherten Kollegen irgendwie schädigen.

Es wird den Unternehmern, welche Betriebskrankenkassen haben, auch vorgeworfen, sie könnten auf

Kosten der Krankenkasse besonders sozial erscheinen, ohne echte Sozialleistungen zu erbringen, z. B. durch Verwendung von Kassenüberschüssen für den Wohnungsbau.

Auch dies ist nicht richtig. Die Überschüsse, die in den letzten Jahren entstanden, waren ungewollt. Sie sind dadurch entstanden, daß den Kassen die Selbstverwaltung genommen und sie gezwungen waren, hohe Beiträge zu erheben und niedrige Leistungen zu gewähren. Was lag da näher, als die ersparten Gelder einem anderen sozialen Zweck zuzuführen? Und da lag der Wohnungsbau am nächsten. Dadurch war auch den Zwecken der Krankenversicherung insofern gedient, als in gesunden Wohnungen eine geringere Erkrankungsgefahr besteht als in Behelfswohnungen. Nachdem die Kassen Beiträge und Leistungen wieder frei gestalten können, ist es mit diesen hohen Überschüssen vorbei, denn alle Betriebskrankenkassen haben sofort ihre Leistungen erhöht, und viele haben die Beiträge gesenkt. Auch unsere Betriebskrankenkasse hat ihre Überschüsse zum allergrößten Teil für den Bau von Wohnungen hergegeben. Auch wir haben unsere Leistungen erheblich gesteigert. Auf eine Beitragsenkung haben wir zugunsten besserer Leistungen verzichtet. Überschüsse aber weist unser neuer Voranschlag nicht mehr auf.

Für seine eigenen Zwecke hat weder bei uns noch bei irgendeiner anderen Betriebskrankenkasse der Unternehmer Überschüsse der Kasse verwenden können,

denn es ist gesetzlich verboten, daß eine Betriebskrankenkasse dem Unternehmer Gelder leiht. Die Verwaltung der Gelder des Unternehmens und die der Gelder der Betriebskrankenkasse sind voneinander völlig getrennt. Es ist nicht möglich, daß ein Unternehmer die Beiträge der Betriebskrankenkasse in seinem Unternehmen arbeiten lassen kann. Er ist gesetzlich verpflichtet, diese unverzüglich am Zahltag abzuführen, und eine Kasse, die hierauf nicht achten würde, würde von der Aufsichtsbehörde hierzu angehalten werden.

Solange eine Betriebskrankenkasse die gleichen Beiträge erhebt wie die sonst zuständige Ortskrankenkasse, hat der Unternehmer von der Betriebskrankenkasse nur finanzielle Nachteile, denn er muß die gesamten personellen Verwaltungskosten aus seiner Tasche bezahlen. Von evtl. ersparten Beiträgen würde er aber nur die Hälfte sparen, die andere Hälfte verbleibt den Versicherten. Es ist auch nicht richtig, zu behaupten, diese Unkosten gingen zu Lasten des Sozialproduktes, sondern es ist eine wirtschaftliche Binsen-

LIED DER ARBEIT

*Ungezählte Hände sind bereit,
stützen, heben, tragen unsre Zeit.
Jeder Arm, der seinen Amboß schlägt,
ist ein Atlas, der die Erde trägt.*

*Was da surrt und schnurrt und klirrt und stampft,
aus den Essen glühend loht und dampft,
Räderrasseln und Maschinenklang
ist der Arbeit mächtiger Gesang.*

*Tausend Räder müssen sausend gehn,
tausend Spindeln sich im Kreise drehn,
Hämmer dröhnend fallen, Schlag um Schlag,
daß die Welt nur erst bestehen mag.*

*Tausend Schläfen müssen fiebernd glühn,
abertausend Hirne Funken sprühn,
daß die ewige Flamme sich erhellt,
Licht und Wärme spendend aller Welt.*

Karl Bröger

weisheit, daß Unkosten den Gewinn des Unternehmers schmälern.

Der ganz besonderen Pflege erfreut sich bei den meisten Betriebskrankenkassen die Gesundheitsfürsorge.

Auf diesem Gebiet zeigt sich im besonderen Maße, wie sehr die Betriebskranken Mittelpunkt des gesamten Sozialgeschehens des Unternehmens ist. Allein unsere Betriebskrankenkasse hat im vergangenen Jahr über 600 Erholungskuren durchgeführt und damit die Urlaubsverschickung des Werkes wirksam ergänzt. Hierin liegt aber keine Möglichkeit für den Betrieb, auf seine Arbeitnehmer einzuwirken, denn die Krankenkasse ist in ihren Leistungen völlig unabhängig, und ihre Satzung gebietet ihr strengstens die gleichmäßige Behandlung aller Versicherten. Ein Hinweis auf die Einwirkung der Betriebe in der Ostzone auf die Aufgaben der Sozialversicherung ist völlig abwegig, denn gerade dort gibt es keine Betriebskrankenkassen, sondern es herrscht das Prinzip der Einheitsversicherung.

In keiner Weise wird durch das Bestehen einer Betriebskrankenkasse die Freizügigkeit des Arbeiters beschränkt.

Selbstverständlich wechselt er mit dem Wechsel seiner Arbeitsstelle auch die Krankenkasse. Das würde es als Mitglied einer Ortskrankenkasse aber auch müssen, wenn er in den Bezirk einer anderen Ortskrankenkasse verzöge. Auf die Leistungen, die er zu beanspruchen hat, hat dies keinen Einfluß, denn sie werden größtenteils unabhängig von der Dauer der Mitgliedschaft gewährt. Wo eine gewisse Mitgliedschaftsdauer vorgeschrieben ist, wird die Mitgliedschaft bei der einen Kasse auf die andere angerechnet.

So alt wie die Sozialversicherung selbst ist der Vorwurf der Auswahl des Risikos, der den Betriebskrankenkassen gemacht wird.

Uns ist keine Betriebskrankenkasse bekannt, die sich ihre Mitglieder aussuchen kann. Das ist auch gesetzlich gar nicht gestattet. Daß es Betriebe gibt, die Einstellungsuntersuchungen machen, zu denen auch unser Werk gehört, ist richtig. Bei der Art z. B. unseres Betriebes ist das unbedingt nötig. Auch viele Betriebe, deren Angehörige bei einer Ortskrankenkasse versichert sind, führen solche Untersuchungen durch. Es ist dies also keine besondere Einrichtung bei Betriebskrankenkassen. Bei Einstellungen und Entlassungen hat nicht die Krankenkasse, sondern die Betriebsvertretung mitzusprechen, und diese wird die Interessen der Belegschaftsmitglieder genügend zu wahren wissen. Die Betriebskrankenkassen weisen daher nach wie vor den Vorwurf der Risikoauslese entschieden zurück.

Als besonderen Vorteil nehmen die Betriebskrankenkassen die Betriebsnähe für sich in Anspruch.

Es dürfte einer nicht betriebsgebundenen Krankenkasse unter keinen Umständen möglich sein, bei jedem ihr angeschlossenen Betrieb eine Nebenstelle zu errichten. Wenn wir von Betriebsnähe sprechen, so meinen wir damit aber nicht nur das Äußerliche, sondern viel wichtiger ist uns die innere Betriebsverbundenheit. Bei den Angehörigen desselben Betriebes handelt es sich um eine Gemeinschaft von Menschen, die dieselben Interessen haben, denselben Gefahren ausgesetzt sind und unter den gleichen Nöten leben. Ihnen kann eine Betriebskrankenkasse, die selbst Teil des Betriebes ist und die ihre Beiträge und Leistungen nach ihren Bedürfnissen einrichten kann, weit besser helfen als jede andere Kassenart. Die Festsetzung der Beiträge und Leistungen erfolgt auch nicht durch den Unternehmer, sondern gerade bei Betriebskrankenkassen sind die Versicherten durch ihre Vertreter maßgebend beteiligt.

Gelegentlich wird auch behauptet, daß eine Betriebskrankenkasse durch Konjunkturschwankungen besonders gefährdet sei.

Tatsächlich wirkt sich aber ein Konjunkturrückgang auf alle Kassenarten in gleicher Weise aus. Die Schließung einer Betriebskrankenkasse ist eine Seltenheit, sonst würden jetzt nach 18 Jahren Errichtungssperre kaum noch Betriebskran-

kenkassen bestehen. Schließungen sind fast nur dann erfolgt, wenn die Betriebe die gesetzliche Mindestzahl von Werksangehörigen nicht mehr hatten. Bei diesen Kassen war die Schließung häufig sehr zu bedauern, denn es hat sich oft um sehr gute Kassen mit 150,— DM Vermögen je Mitglied gehandelt. Vergleichsweise sei mitgeteilt, daß das Vermögen unserer Kasse z. Z. 92,58 DM je Mitglied beträgt. Daß ein Unternehmer aus anderen Gründen seine Betriebskrankenkasse schließen will, kommt fast nie vor. Ohne Zustimmung der Versichertenvertreter ist ihm dies auch gar nicht möglich. Auch besteht für die Versicherten im Falle einer solchen Schließung nicht die geringste Gefahr, denn für die Schulden der Kasse muß der Unternehmer aufkommen, das Vermögen aber bringen die Mitglieder in ihre neue Krankenkasse mit. Wie gesagt, sind diese Dinge aber sehr selten.

Die Gegenpropaganda versucht häufig die Belegschaftsmitglieder dadurch ängstlich zu machen, daß sie die Frage aufwirft: „Was wird aus uns bei Arbeitslosigkeit oder Invalidität?“

Dazu ist zu sagen, daß die Arbeitslosen ausnahmslos Mitglied der Betriebskrankenkasse bleiben können. Die Rentenversicherung ist allerdings den Ortskrankenkassen übertragen worden, und Rentner, die bei ihrer Betriebskrankenkasse bleiben wollen, müssen infolgedessen z. Z. noch doppelte Beiträge bezahlen. Diese Regelung haben die Ortskrankenkassen durchgesetzt. Sie klagen heute über die Belastung durch die Rentenversicherung, sind aber nicht bereit, die bei uns versichert gewesenen Rentner an uns zurückzugeben. Wir glauben jedoch, mit Sicherheit annehmen zu können, daß die Rentner in ganz kurzer Zeit die Möglichkeit haben werden, bei ihrer alten Betriebskrankenkasse zu verbleiben bzw. dorthin zurückzugehen.

Wenn von einer Zersplitterung der Krankenversicherung gesprochen wird,

so muß dem entgegengehalten werden, daß das „Gesetz der großen Zahl“, die den Risikoausgleich bilden soll, nicht immer stimmt. Es ist berechtigt bei den Rentenversicherungen, die große Leistungen auf lange Zeit zu gewähren haben. Es ist unberechtigt in der Krankenversicherung, wo es darauf ankommt, den Erkrankten individuell und schnellstens zu helfen.

Ein Wort noch zur Mitbestimmung

Der Einfluß, den die Gewerkschaftler in den Organen auf ihre Betriebskrankenkasse tatsächlich haben, ist einer völligen Verwirklichung des Mitbestimmungsrechtes auf dem Gebiete der Krankenversicherung gleichzusetzen. Ein großer Teil der gewerkschaftlich organisierten Kollegen wird sich jedem entgegenstellen, der die Existenzberechtigung der Betriebskrankenkassen in Frage stellt. Nicht weniger als 2,5 Millionen Kollegen im Bundesgebiet halten mit aller Entschiedenheit an ihren Betriebskrankenkassen fest, weil sie keine Versicherungseinrichtung sehen, die ihnen den gleichen Einfluß und die entsprechende Wahrung ihrer Belange sichert.

Weil sie einsehen, daß die Betriebskrankenkasse die beste Form der Krankenversicherung in mittleren und großen Betrieben ist, deshalb wünschen die Versicherten Betriebskrankenkassen.

Zahnersatz

Durch Beschluß der Arbeitsgemeinschaft der Krankenkassen von Groß-Dortmund und der Zahnärzte und Dentisten von Groß-Dortmund ist der Zahnarzt Dr. Weller, Dortmund, Münsterstraße 46, von der Anfertigung von Zahnersatz ausgeschlossen worden. Für Zahnbehandlung außer Zahnersatz bleibt Dr. Weller zugelassen. Wir müssen also unsere Mitglieder bitten, bei benötigtem Zahnersatz einen anderen Zahnarzt oder Dentisten aufzusuchen, weil wir uns an den Kosten eines Zahnersatzes durch Dr. Weller nicht mehr beteiligen können.

DER MENSCH HAT ZWEI OHREN UND EINEN MUND. DAHER SOLL ER DOPPELT SOVIEL HÖREN WIE SPRECHEN.

(Arabisches Sprichwort)

Erholungskuren für Belegschaftsmitglieder

Auch in diesem Jahre können erholungsbedürftige Belegschaftsmitglieder an einem Kuraufenthalt teilnehmen. Voraussetzung ist jedoch, daß die Erholungsbedürftigkeit vom Werksarzt bestätigt wird. Die Dauer des Erholungsaufenthaltes beträgt 14 Tage und wird auf den Tarifierurlaub angerechnet. Anmeldungen nimmt das zuständige Betriebsratsmitglied entgegen.

Die Kurorte befinden sich auch in diesem Jahr wieder im Sauerland und Münsterland. Da nach den Erfahrungen ein größeres Interesse für das Sauerland besteht, sind für das Münsterland noch keine Reisettermine festgelegt. Es ist unbedingt notwendig, daß die Zeiten vor und nach der Hochsaison (Juli, August) für einen Erholungsaufenthalt ausgenutzt werden. Dieses liegt auch im Interesse eines geregelten Betriebsablaufes.

Reisetermine

Hellefeld, Olpe, Bockum und Wennemen: 19. Februar, 4. und 18. März, 1., 15. und 29. April, 13. und 27. Mai, 10. und 24. Juni, 8. und 22. Juli, 5. und 19. August, 2., 16. und 30. September; Grevenstein, Reiste, Gleidorf und Niedersorpe: 20. Februar, 5. und 19. März, 2., 16. und 30. April, 14. und 28. Mai, 11. und 25. Juni, 9. und 23. Juli, 6. und 20. August, 3. und 17. September, 1. Oktober.

Betriebsausflüge

Es ist damit zu rechnen, daß die Zahl der Betriebsausflüge sich in diesem Jahre beträchtlich erhöhen wird. Da in der Hauptsache die Monate Juni bis August für Ausflugsfahrten genutzt werden, ist es unbedingt erforderlich, daß die einzelnen Abteilungen und Betriebe schon jetzt mit den Planungen beginnen, um die Sicherstellung von Omnibussen zu gewährleisten. Da die Zahl der Teilnehmer sehr unterschiedlich ist, wird darum gebeten, sich mit dem zuständigen Betriebsrat bzw. Vertrauensmann in Verbindung zu setzen, um gemeinschaftlich mit der zuständigen Stelle innerhalb der Sozialabteilung, wo auch die Anmeldungen entgegengenommen werden, zu beraten. Verspätete oder kurzfristige Anmeldungen machen oftmals die Beschaffung von Omnibussen unmöglich! Immer wieder rechtzeitig planen!

Kulturgemeinschaft „Volksbühne“

Die Mitgliederzahl der „Volksbühne“ hat sich innerhalb unserer Belegschaft auf 800 erhöht. Das ist ein Beweis für die Theaterefreudigkeit innerhalb der Belegschaft. Zur Zeit ist die „Volksbühne“ jedoch nicht in der Lage, weitere Mitglieder aufzunehmen. Anmeldungen für die Erwerbung der Mitgliedschaft können aber trotzdem noch vorgenommen werden, die bei evtl. Austritten anderer Mitglieder oder Umgruppierungen berücksichtigt werden. Im nachstehenden geben wir den vorläufigen Spielplan für die einzelnen Serien bekannt, deren Änderung sich die Stadt, Bühnen vorbehalten. Für die Serie IIa und Va kann der Termin für das Schauspielhaus Lindemannstraße noch nicht angegeben werden.

Serie 1: 7. März, „Tiefeland“, Opernhaus Hiltropwall, 3. April, „Das Ministerium ist beleidigt“, Schauspielhaus Lindemannstraße, 12. Mai, „Meine Schwester und ich“, Opernhaus Hiltropwall, 30. Mai, „Don Carlos“, Schauspielhaus Lindemannstraße, 13. Juni, „Die Zirkusprinzessin“, Opernhaus Hiltropwall, 27. Juni, „Pantila“ oder „Katharina“, Schauspielhaus Lindemannstraße.

Serie 2: 12. März, „Der Freischütz“, Opernhaus Hiltropwall, 16. April, „Der Trojanische Krieg“, Schauspielhaus Lindemannstraße, 14. Mai, „Die Zirkusprinzessin“, Opernhaus Hiltropwall, 5. Juni, „Macht des Schicksals“, Opernhaus Hiltropwall, 18. Juni, „Pantila“, Schauspielhaus Lindemannstraße.

Serie 2a: 12. März, „Der Freischütz“, Opernhaus Hiltropwall, 14. Mai, „Die Zirkusprinzessin“, Opernhaus Hiltropwall, 5. Juni, „Macht des Schicksals“, Opernhaus Hiltropwall.

Serie 5: 22. Februar, „Aida“, Opernhaus Hiltropwall, 21. März, „Das Ministerium ist beleidigt“, Schauspielhaus

Lindemannstraße, 10. April, „Meine Schwester und ich“, Opernhaus Hiltropwall, 16. Mai, „Der Trojanische Krieg“, Schauspielhaus Lindemannstraße, 30. Mai, „Carmen“, Opernhaus Hiltropwall, 13. Juni, „Die Zirkusprinzessin“, Opernhaus Hiltropwall.

Serie 5a: 22. Februar, „Aida“, Opernhaus Hiltropwall, 10. April, „Meine Schwester und ich“, Opernhaus Hiltropwall, 30. Mai, „Carmen“, Opernhaus Hiltropwall, 27. Juni, „Die Zirkusprinzessin“, Opernhaus Hiltropwall.

Wohnungstausch

Biete: 3 Mansarden in der Haydnstraße, Miete 31,60 DM.
Suche: 3-Zimmer-Wohnung, abgeschlossen, in Werksnähe.

Biete: 2-Zimmer-Wohnung, abgeschlossen, mit Bad, Miete 33,— DM, in der Halleschen Straße.

Suche: 3-Zimmer-Wohnung, abgeschlossen, in Werksnähe.

Biete: 2-Zimmer-Wohnung in Lücklemberg bei Kirchhörde, Miete 35,— DM.

Suche: 2-Zimmer-Wohnung in Werksnähe.

Biete: 2-Zimmer-Wohnung in Kirchhörde, Miete 25,— DM.

Suche: 2-Zimmer-Wohnung in Werksnähe.

Biete: 2-Zimmer-Wohnung, abgeschlossen, Bad und Speisekammer, Miete 30,— DM, in Huckarde.

Suche: 3-Zimmer-Wohnung in Werksnähe.

Biete: 2-Zimmer-Wohnung, abgeschl., mit Bad, in Eving.
Suche: 2-Zimmer-Wohnung, gleichwertig, in Werksnähe.

Biete: 2-Zimmer-Wohnung, Miete 20,75 DM, in Werksnähe.

Suche: 3-Zimmer-Wohnung in Nähe Münster-, Burgholzstr.

Biete: Eine Wohnung in Eggeberg bei Halle i. Westf., Hochtal des Teutoburger Waldes.

Suche: Eine 2-Zimmer-Wohnung in Dortmund.

Biete: 3-Zimmer-Wohnung in Dortmund-Derne, Miete 65,— DM.

Suche: 2-Zimmer-Wohnung, gleichwertig, in Dortmund (Hafen).

Biete: 3-Zimmer-Wohnung, abgeschlossen, Bad und zwei Keller, Miete 33,30 DM, in Hombruch.

Suche: 3—4-Zimmer-Wohnung, gleichw., in Werksnähe.

Biete: 2-Zimmer-Wohnung, Erdgeschoß, Werksnähe, abgeschlossen, Miete 34,— DM, Neubau.

Suche: 2—3-Zimmer-Wohnung im Zentrum bzw. Vorort der Stadt, auch Etagenwohnung erwünscht.

Biete: 3-Zimmer-Wohnung, 1. Etage, in Derne, Miete 65,— DM.

Suche: 3-Zimmer-Wohnung, abgeschlossen, in Werksnähe bzw. Dortmund.

Biete: 3-Zimmer-Wohnung in Werksnähe, 3. Etage.

Suche: 2—2½-Zimmer-Wohnung, außerhalb, Erdgeschoßwohnung.

Biete: 3-Zimmer-Wohnung in der Fischkolonie, Dortmund-Eving.

Suche: 3-Zimmer-Wohnung in Kirchderne od. Werksnähe.

Biete: 3-Zimmer-Wohnung, abgeschlossen, in der Fischsiedlung gelegen, Dortmund-Eving.

Suche: 4-Zimmer-Wohnung, wenn möglich, abgeschlossen, in gleicher Lage oder Werksnähe.

Biete: 2-Zimmer-Wohnung, abgeschlossen, Siedlungswohnung, in Dortmund-Eving.

Suche: 2-Zimmer-Wohnung, abgeschlossen, Werksnähe.

Biete: 2-Zimmer-Wohnung, abgeschlossen, mit Balkon, in der Blumenstraße.

Suche: 2—3 Zimmer in Werksnähe.

Biete: 2-Zimmer-Wohnung, abgeschlossen, Werkswohnung, mit Bad und Kellerräume.

Suche: 3-Zimmer-Wohnung, gleichwertig.

Biete: 3-Zimmer-Wohnung, Werkswohnung, abgeschlossen, mit Kochnische.

Suche: Gleichwertige Wohnung im Süden oder Osten der Stadt.

Nähere Auskunft: Abteilung Wohnstätten, Eberhardstraße 23.

Unsere Ärzte (1.)

Wir geben nachstehend unseren Mitgliedern die Anschriften und Sprechstundenzeiten
der Ärzte von Groß-Dortmund bekannt

Dr. med.	Sprechstundenzeit:	mittw. u. samst.:	Tel.:
Tiemann, Dortmund, Westerbleichstraße 52	8.00—11.00, 15.00—17.00	8.00—11.00	333 30
Tölle, Dortmund, Saarlandstraße 48	9.00—11.00, 16.00—17.00	9.00—11.00	238 94
Torell, Dortmund, Münsterstraße 90	9.00—11.30, 15.00—17.00	9.00—11.30	331 45
Torhorst, Brechten, Widumer Platz 9	9.00—11.00, 15.00—17.00	9.00—11.00	338 64
Watermann, Lindenhorst, Graf-Konrad-Straße 35	8.00—11.00, 15.00—17.00	8.00—11.00	330 12
Weigel, Dortmund, Stahlwerkstraße 10	8.00—10.00, 15.00—17.00	8.00—10.00	344 95
Wewel, Dortmund, Prinz-Friedrich-Karl-Straße 71	9.00—11.00, 15.00—17.00	9.00—11.00	225 57
Witscher, Luise, Dortmund, Göbenstraße 8	8.30—10.30, 15.30—17.00	8.30—10.30	223 03
Wippermann, Robert-Koch-Straße 40	8.00—10.00, 15.00—17.00	8.00—10.00	225 25
Wolff, Dortmund, Alexanderstraße 6	8.30—11.00, 15.00—16.00		211 33

Prakt.-homöopathische Ärzte

Menzel, Dortmund, Ostenhellweg 42	9.00—11.00, 15.30—17.00	9.00—11.00	335 80
Schwarz, Grete, Wilhelmstraße 40	8.30—11.00, 16.30—18.00	8.30—10.00	222 13

Praktische Ärzte in Dortmund-Hörde und Umgebung

Abhoff, Wellinghofen, Amtsstraße 30	8.00—10.00, 15.00—16.00	8.00—10.00	418 35
Büchner, Loh, Benninghofer Straße 307	9.00—10.00, 15.00—16.00	9.00—10.00	406 85
Bucher, Schüren, Lenninghauser Straße 17	9.00—18.00	9.00—11.00	417 53
Bürger, Berghofen, Wittbräucker Straße 193	8.30—10.30, 15.00—17.00	8.00—10.00	414 01
Ehwe, Hörde, Kampweg 24	8.00—11.00, 14.30—17.30	8.00—11.00	415 88
Freitag, Hörde, Am Richterbusch 21	8.30—10.30, 15.00—17.00	9.30—10.30	412 05
Grothaus, Wellinghofen, Amtsstraße 33	7.30—9.00, 14.30—16.00	7.30—9.00	405 03
Hadrossek, Hörde, Virchowstraße 14	8.30—10.30, 15.00—17.00	8.30—10.30	403 61
Köhler, Schüren, Schürferstraße 199	8.30—11.00, 15.00—17.00		408 41
Koehne, Hörde, Wiggerstraße 3	8.30—10.30, 14.30—16.00	8.30—10.30	401 31
König, Helma, Hörde, Ermlinghofer Straße 58	9.00—11.00, 15.00—17.00	9.00—11.00	406 67
Müller, Berghofen, Berghofener Straße 219	8.30—10.30, 15.00—17.00	8.30—10.30	415 30
Müller, Hörde, Kanzlerstraße 5	8.30—10.30, 15.00—17.00	8.30—10.30	407 12
Nentwich, Berghofen, Busenberg 8	8.00—10.00, 15.00—16.00	8.00—10.00	405 88
Portmann, Hörde, Semerteichstraße 183	8.30—10.30, 15.00—17.00		403 74
Roos, Aplerbeck, Marsbruchstraße 8	8.30—10.30, 15.00—17.00	8.30—10.30	410 35
Rumberg, Gertrud, Aplerbeck, Archenbecke 1	9.00—11.00, 15.30—17.00	9.00—11.00	523 42
Schröder, Hörde, Gildenstraße 34	9.00—11.00, 15.00—17.00	9.00—11.00	406 87
Stahm, Hörde, Wellinghofer Straße 97	9.00—11.00, 15.00—17.00	9.00—11.00	404 29
Stickel, Elisabeth, Aplerbeck, Köln-Berliner Straße 24	8.30—11.00, 15.00—17.00	8.30—11.00	409 93
Stickel, Joh., Aplerbeck, Köln-Berliner Straße 24	8.30—11.00, 16.00—17.00	8.30—11.00	409 93
Schild, Hörde, Penningskamp 20	8.30—10.30, 15.00—16.30	8.30—10.30	413 30
Schmidt, Waldfried, Aplerbeck, Schürferstraße 318	8.30—9.30, 15.30—16.30	8.30—9.30	405 05
Schmidt, Irmgard, Aplerbeck, Schürferstraße 318	7.30—9.30, 15.00—16.30	7.30—9.30	405 05
Wernicke, Sölde, Nathmericher Straße 28a	9.00—11.00, 15.00—17.00	9.00—11.00	543 28
Wesemann, Sölde, Jasminstraße 9	8.30—10.00, 15.00—16.00	8.30—10.00	528 00
Westerburg, Schüren, Pekingstraße 100	8.00—10.00, 14.30—16.00		405 66
Willing, Karl-Justus, Hörde, Benninghofer Straße 6	8.00—11.00, 15.00—17.00	8.00—11.00	407 24
Wortmann, Hörde, Benninghofer Straße 8	8.30—11.00, 15.00—17.00	8.30—11.00	414 08

Praktische Ärzte in Dortmund-Barop und Umgebung

Commersmann, Barop, Stockumer Straße 231			
Henke, Kirchhörde, Am Dimberg 29	8.30—10.00, 15.30—16.00	8.30—10.00	495 96
Holzappel, Hombruch, Harkortstraße 116	8.30—10.00, 14.00—15.30	8.30—10.00	350 85
Lederer, Renninghausen, Stockumer Straße 82	9.00—11.00, 15.00—16.00	9.00—11.00	228 67
Müller-Bußdorf, Löttringhausen, Hohle Eiche 82	8.00—9.00, 15.00—16.00	8.00—9.00	493 77
Schäfer, Hombruch, Löttringhauser Straße 9	9.00—12.00, 15.00—17.00	9.00—12.00	339 84
Seemer, Barop, Bahnhofstraße 57	8.00—10.00, 16.00—17.30	8.00—9.30	330 31
Sengenhoff, Barop, Bahnhofstraße 1	8.30—10.00, 15.30—17.00	8.30—10.00	339 29
Vogt, Hombruch, Windthorststraße 4	9.00—12.00, 16.00—18.00	9.00—12.00	335 78
Wasmuth, Reichsmark, Am Ossenbrink 197			418 40
Wieghardt, Eichlinghofen, Storzweg 12	8.30—10.00, 14.30—17.00	8.30—10.00	

Praktische Ärzte in Lütgendortmund, Marten und Umgebung

Behncke, Bövinghausen, Provinzialstraße 408	9.00—11.00, 15.00—16.00	9.00—11.00	629 96
Bissinger, Bövinghausen, Bövinghauser Straße 17	8.30—10.00, 14.30—16.00	8.30—10.00	623 30
Burkardt, Kirchlinde, Frohlinder Straße 101	9.00—10.00, 15.00—16.00	9.00—10.00	628 27
Döhmman, Marten, Martener Straße 305	9.00—11.00, 15.00—16.00	9.00—11.00	622 71
Frieg, Oespel, Am Schultenhof 36	8.00—10.00, 16.00—17.00	8.00—10.00	622 28
Geißler, Lütgendortmund, Westricher Straße 3	8.30—11.00, 15.00—17.00	8.30—11.00	620 21
Haupt, Lütgendortmund, Werner Straße 41	8.30—10.00, 14.30—16.30	8.30—10.00	621 74
Hüser, Lütgendortmund, Westricher Straße	8.00—10.00, 14.30—16.00	8.00—10.00	624 90
König, Dortmund-Oespel, Oespeler Straße 11			
Krüger, Somborn, Somborner Straße 12	8.00—10.00, 15.00—17.00	8.00—10.00	626 60
Kühn, Kirchlinde, Bockenfelder Straße 14	8.30—10.30, 16.00—17.00	8.30—10.30	627 67
Müller, Marten, An der Wasserburg 39	8.00—11.00, 15.00—17.00	8.00—11.00	626 22
Shank, Marten, Bärenbruch 2	8.30—11.00, 15.00—16.00	8.30—11.00	627 57

(Fortsetzung folgt)



Angebot und Nachfrage



die von jeher die Marktlage bestimmen, sollten sich eigentlich die Waage halten. Wenn die Nachfrage aber aus Gründen, die überall bekannt sind, die Erzeugungsfähigkeit überwiegt, kann der Bedarf eben nur annähernd gedeckt werden. Trotzdem bieten wir unseren Abnehmern jede nur denkbare Unterstützung. Sie wissen das und bleiben uns daher auch treu, wenn das Pendel der Waage einmal umschlagen und der Auftragseingang wieder geringer werden sollte.

WESTFALENHÜTTE A.-G. DORTMUND